

| Auslandspreise | Einzelnumm. | vierteljähr. |
|--------------------------|-------------|--------------|
| Argentinien | Pos. 0.30 | Pos. 3.60 |
| Belgien | Frs. 2.- | Frs. 24.- |
| Bulgarien | Lew. 8.- | Lew. 96.- |
| Danzig | Gold. 0.30 | Gold. 3.60 |
| Deutschland | Mk. 0.25 | Mk. 3.- |
| Estland | E.Kr. 0.22 | E.Kr. 2.64 |
| Finnland | Fmk. 4.- | Fmk. 48.- |
| Frankreich | Frs. 1.50 | Frs. 18.- |
| Großbritannien | sh. 4.- | sh. 48.- |
| Holland | Gld. 0.15 | Gld. 1.80 |
| Italien | Lir. 1.10 | Lir. 13.20 |
| Jugoslawien | Din. 4.50 | Din. 54.- |
| Lettland | Lat. 0.30 | Lat. 3.60 |

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis im Quartal
(im Ausland Kc 24.-) Kc 18.-

| Auslandspreise | Einzelnumm. | vierteljähr. |
|-----------------------|-------------|--------------|
| Litauen | Lit. 0.55 | Lit. 6.60 |
| Luxemburg | B. Frs. 2.- | B. Frs. 24.- |
| Norwegen | Kr. 0.35 | Kr. 4.20 |
| Oesterreich | Sch. 0.40 | Schill. 4.80 |
| Polen | Zloty 18.- | Zloty 216.- |
| Portugal | Esc. 2.- | Esc. 24.- |
| Rumänien | Lei. 10.- | Lei. 120.- |
| Saargebiet | F.Fr. 1.50 | F. Fr. 18.- |
| Schweden | Kr. 0.35 | Kr. 4.20 |
| Schweiz | Frs. 0.30 | Frs. 3.60 |
| Spanien | Pes. 0.70 | Pes. 8.40 |
| Ungarn | Pengö 0.35 | Pengö 4.20 |
| USA | Dollar 0.08 | Dollar 0.96 |

Fünf Galgen - wer wird gehängt?

Torgler oder Hitler? — Was sagt der Oberreichsanwalt?

Die Anklage gegen Torgler und Genossen lautet nicht nur auf Brandstiftung, sondern auch auf Hochverrat. Hochverrat begeht man dadurch, daß man eine Verfassung gewaltsam umzustürzen versucht. Welche Verfassung hat Torgler umzustürzen versucht, und was ist aus dieser Verfassung seitdem geworden?

Torgler wurde am 28. Februar verhaftet, als er in das Polizeipräsidium gegangen war, um den Beamten die Unsinnigkeit der gegen ihn erhobenen Brandbeschuldigung klar zu machen. Seine umstürzlerische Tätigkeit kann sich also nur gegen die Verfassung gerichtet haben, die damals noch in Kraft war — und das ist die Verfassung von Weimar.

Hitler war damals seit vier Wochen Reichskanzler. Er war dazu vom Reichspräsidenten — der nach den Vorschriften des Art. 41 vom ganzen deutschen Volke gewählt war und der, wie Art. 42 verlangt, die Verfassung beschworen hatte — auf Grund Art. 53 derselben Verfassung zum Reichskanzler ernannt worden und hatte gleichfalls die Verfassung beschworen. Der Reichstag war nach Art. 25 aufgelöst, die Neuwahl war im Sinne desselben Verfassungsartikels eingeleitet. Unter Berufung auf Art. 48 der Verfassung waren außerordentliche Maßnahmen, die angeblich dem Schutz der verfassungs- und gesetzmäßigen Ordnung dienen sollten, verfügt. Nachher wurde sogar auch noch wirklich ein Reichstag gewählt, der bis zum 17. Mai funktionierte.

Es kann also nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß die Verfassung, gegen die sich der gewaltsame Umsturzversuch Torglers gerichtet haben soll, die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 war, die Verfassung von Weimar. Weil Torgler diese Verfassung umzustürzen versuchte — die Brandstiftung im Reichstag soll ja nur ein Mittel dazu gewesen sein — darum steht Torgler jetzt vor dem Reichsgericht und darum hat Hitler für ihn und seine Mitbeschuldigten in öffentlicher Rede den Tod am Galgen verlangt.

Torgler soll gehängt werden, weil er versucht haben soll, was Hitler getan hat, weil er geplant haben soll, was Hitler ausgeführt hat, weil er eine Verfassung zerstören wollte, die seitdem von Hitler und seinen Spießgesellen bis auf den letzten Rest vernichtet worden ist!

Am 15. September hat der preußische Ministerpräsident Göring, höchst feierlich auf einem Thronsessel Friedrich des Großen sitzend, den von ihm selbst erfundenen Preußischen Staatsrat eröffnet. Die Sitzung wurde wieder geschlossen, ohne daß jemand anderer zu Wort gekommen wäre als Göring selbst. Schweigend nahmen die preußischen Granden die Feststellung entgegen, daß sie nichts zu beschließen hätten, da die Autorität von oben komme und ganz oben wären nicht sie, sondern Er. Auch der gewissenhafteste Erforscher des gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustandes — wird keine andere Funktion der neuen preußischen Staatsräte erblicken können als die, an jedem Monatsersten 1000 Mark in Empfang zu nehmen, deren Genuß sie,

wie ihre Ernennung selbst, einzig und allein der Gnade des Selbstherrschers aller Preußen verdanken.

Göring hat dem „korrupten Parlamentarismus“, dem „furchtbaren System der Vergangenheit“ die Grabrede gehalten. Es gibt keinen Reichstag und es gibt keinen Preußischen Landtag mehr! (Warum sollte da van der Lubbe den Sitzungssaal des Reichstages nicht anzünden, wenn man ihn doch nicht mehr brauchte?) Aber etwas von dem korrupten Parlamentarismus und dem furchtbaren System der Vergangenheit ist doch noch übrig geblieben. Das sind die Freifahrkarten und die 600 Mark Monatsdiäten der nationalsozialistischen und gleichgeschalteten Abgeordneten. Die furchtbare Zeit, in der man für das Geld auch etwas tun mußte, ist vorbei; heute bekommt man es für das Nichtstun und die vorschrittmäßige Gesinnung.

Nachdem Hitler schon vor Wochen die Revolution für beendet erklärt hat, müßte man eigentlich annehmen, daß an die Stelle der alten durch Gewalt, Eid- und Treubruch umgestürzten Verfassung eine neue getreten sei. Daß dies nicht der Fall ist, hörten wir jetzt von Göring selbst. Der sprach am 15. September:

Wir stehen heute an diesem Wendepunkt des Staatslebens. Die nationalsozialistische Staatsverfassung, die in diesem Staatsrat zum Ausdruck kommt, gilt heute nicht nur in Preußen, sie wird hinausstrahlen in das ganze Reich. Sie ist

der erste Versuch, zu beweisen und zu zeigen, daß dieses System der Arbeit das richtige ist.

Deshalb dürfen wir vom Wendepunkt des

Staatslebens sprechen, dürfen davon reden, daß hier ein Grundstein nationalsozialistischer Staatsverfassung in Preußen und damit auch im Reiche gelegt wird. Denn wir sehen die letzte und größte Bedeutung des heutigen Tages darin, daß mit der Schaffung des neuen Staatsrates in Preußen der Grundstein zu einer wahrhaft nationalsozialistischen Staatsverfassung gelegt wird, daß insbesondere an Stelle des Staatsorgans, das aus dem durchaus undeutschen Boden des westlichen Parlamentarismus gewachsen war ein Führergremium gesetzt wird, welches urgermanischem und damit rein nationalsozialistischem Denken und Fühlen entspricht. Wir sind ferner des Glaubens, daß die Auswirkung dieses Ereignisses sich nicht allein auf Preußen beschränken, sondern weit darüber hinaus den Gang der Entwicklung beeinflussen wird überall da, wo nationalsozialistisch gedacht und regiert wird.

Nachdem am 27. Februar das Parlament angezündet und so mit der Vernichtung des Parlamentarismus begonnen worden war, ist das Zerstörungswerk folgerichtig fortgesetzt worden — bis zum 15. September, an dem der preußische Ministerpräsident nach seinen eigenen Worten erst den „Grundstein zu einer wahrhaft nationalsozialistischen Staatsverfassung“ legte, und zwar nicht nur für Preußen, sondern großmütiger Weise auch für das Reich...

Nun aber zurück nach Leipzig! Der Oberreichsanwalt Werner hat schon so viele Hochverratsanklagen gegen Kommunisten vertreten, daß er sämtliche Schuldbeweise aus dem Schlafe hersagen kann. Und es ist ja zweifellos auch wahr

— die Kommunisten selbst haben es nie bestritten — daß die Beseitigung der Verfassung von Weimar mit gewaltsamen Mitteln in der Richtung ihres Programms lag. Zwar haben sie nie einen ernsthaften Angriff unternommen, haben sie sich an Energie und Zielklarheit der verfassungsfeindlichen Absichten von den Nationalsozialisten hundertmal übertreffen lassen, zwar haben sie infolgedessen für ihre eigenen Absichten gar nichts erreicht und nur dem Faschismus den Sieg erleichtert — doch sind das Dinge, für die sie sich vor der Geschichte zu verantworten haben, aber nicht vor dem Reichsgericht in Leipzig.

Denn die Verfassung, deren gewaltsamen Sturz sie nach der Anklage des Oberreichsanwalts geplant haben sollen, besteht nicht mehr. Alle Brandstiftungen, Morde, Festsetzungen, von Geiseln und sonstigen Terrorakte, die geplant zu haben sie der Oberreichsanwalt bezichtigt, haben sie nicht mehr begehen können. Die Nationalsozialisten haben ihnen die Mühe abgenommen. Sie haben brandgestiftet, gemordet, Geiseln festgesetzt und grausamsten Terror ohne Maß und Ziel verübt. Wenn Torgler den Tod am Galgen verdient haben soll, weil er vielleicht daran dachte, später einmal das zu tun, was die Hitler, Göring, Göbbels, Röhm, Heines und Konsorten wirklich taten — welche Todesstrafe müßte dann erst für die Hitler, Göring, Göbbels, Röhm, Heines und Konsorten erfunden werden? Sie zu ersinnen, reicht selbst ihre eigene Henkerphantasie nicht aus!

Ja, und was — was würden erst die Richter verdienen, die auf Befehl Hitlers, die Torgler, Tanefl, Dimitrow und Popow dem Henker ausliefern wollten? Mögen diese Richter wissen, daß hinter der Macht, die sie zu dem Verbrechen des Justizmordes verleiten will, eine andere steht, vor der sie sich noch einmal zu verantworten haben werden! Es kommt ein Tag des Gerichts auch über das Reichsgericht!

Verurteilung oder Freispruch — am Ende des Brandstifterprozesses steht das Todesurteil über das System!

Tod und Zuchthaus!

In Lübeck verurteilte ein sogenanntes Schwurgericht die Reichsbannerkameraden Kaehding und Fick zum Tode. Kaehding wurde in der Zelle erhängt aufgefunden. Selbstmord?

In Bonn erhielten die Sozialdemokraten Klett und Sattler je 12 Jahre Zuchthaus, Schulz 11 Jahre Zuchthaus, Dick 10 Jahre Zuchthaus, Lemmer und Schröder je 8 Jahre Zuchthaus.

Die Verurteilten hatten sich von den braunen Mördern nicht wehrlos abschlichten lassen wollen. Dafür wurden sie mit Tod und Zuchthaus bestraft, während die braunen Mörder nicht nur frei herumlaufen, sondern die fettesten Prüden des Dritten Reiches erhalten.

Die Namen der Richter, die solche Urteile fällen, dürfen nicht vergessen werden. Es kommt der Tag des Gerichts über sie!

Der Despot träumt



„Göring! Göring! In diesem Feuer wirst du verbrennen!“

London und Leipzig

Die Ermittlungen des Internationalen Juristenausschusses und die Pflicht des Reichsgerichts

London, 18. September 1933.

Wenn diese Zeilen erscheinen, wird nicht nur der Bericht des Internationalen Juristenausschusses veröffentlicht sein, der hier vier Tage lang öffentlich getagt und Zeugen vernommen hat, sondern wohl auch die Leipziger Gerichtsverhandlung begonnen haben.

Über die Zweckmäßigkeit dieser Untersuchung, insbesondere vor dem offiziellen Prozeß, waren in manchen Kreisen, auch uns nahestehenden, Zweifel vorwiegend taktischer Art geäußert worden. Heute, nach Abschluß der Londoner Verhandlungen, läßt sich mit gutem Gewissen feststellen, daß diese Zweifel unberechtigt waren, daß der Juristenausschuß überaus wertvolle Arbeit geleistet und sehr wichtige Ergebnisse erzielt hat.

Er hat trotz mancher Regiemängel, trotz der manchmal überflüssigen Breite gewisser Zeugenaussagen, die vom Beweisthema zuweilen abschweiften, zunächst einmal das Verdienst gehabt, die Weltöffentlichkeit in einer Weise zu interessieren und zu alarmieren, die Hitlers Propagandachef Dr. Göbbels sehr un bequem werden dürfte. Und wenn am Schlußtag der Sohn Torglers, die Schwester Dimitroffs und die Witwe des grauenhaft gemeuchelten kommunistischen Abgeordneten Schutz-Königsberg, sowie der Dichter Ernst Toller am Zeugenstand erschienen, ohne zur Sache selbst Wesentliches aussagen zu können, so haben gerade ihr Erscheinen und ihre Aussagen als eine furchtbare Anklage gegen die Kerkermeister, Meuchelmörder und Kulturschänder des 3. Reiches gewirkt.

Aber viel wichtiger sind die tatsächlichen Feststellungen, die die Londoner Verhandlungen zur Sache selbst ergeben haben. Die Ergebnisse der hiesigen Untersuchungen lassen sich dahin zusammenfassen:

1. Torglers Unschuld ist hundertprozentig nachgewiesen. Nachgewiesen nicht nur durch die Bekundungen jener Zeugen, die ein politisches Leumundszeugnis für ihn abgelegt haben, z. B. Paul Hertz und Rudolf Breitscheid, sondern auch und vor allem durch die außerordentlich präzisen Angaben der beiden Kommunisten Wilhelm Koenen und Otto Kühne, die den Nachmittag und den Abend des 27. Februar mit Ernst Torgler verbracht und geradezu minutenweise eine lückenlose Darstellung seiner Tätigkeit an jenem Tage liefern konnten.

2. Ebenso hundertprozentig ist der Alibi Beweis für den Bulgaren Dimitroff erbracht, von dem man bisher fast nichts wußte. Man erfuhr jetzt, daß er tatsächlich ein führender Kommunist gewesen ist, sogar ein Mitglied der Exekutive der III. Internationale, anscheinend fast ausschließlich zuständig für die Balkanstaaten. Es ist erwiesen, daß er in den entscheidenden zwei Tagen — 26. und 27. Februar — in München gewesen ist, also 600 km vom Reichstag entfernt. Der kroatische Zeuge Zivitsch, der die beiden Tage mit ihm dort verbrachte, hat eine so genaue Schilderung seines dortigen Aufenthaltes gegeben und sogar zwei Zeugen benannt, einen dortigen Zahnarzt und eine Amerikanerin, die mit Dimitroff am 27. dort zusammengekommen ist, daß es für die Behörden eigentlich ein Kinderspiel sein müßte, diese Angaben nachzuprüfen.

3. Von den zwei anderen Bulgaren Popoff und Taneff, die gewissermaßen à la suite ihres Freundes Dimitroff mitverhaftet und angeklagt worden sind, hat man bei den Londoner Verhandlungen leider nichts gehört. Ich erfahre jedoch, daß die beiden Dank eines glücklichen Zufalls ebenfalls in der Lage sind, ein Alibi, und zwar einen Kinobesuch am Abend des Reichstagsbrandes nachzuweisen. Aber auch wenn das nicht der Fall sein sollte, dann ist ihre Unschuld kaum weniger erwiesen. Denn die wirkliche Schuld ergibt sich sonnenklar aus dem anderen Untersuchungskomplex, der in bezug auf den rätselhaften holländischen „Kommunisten“ Van der Lubbe behandelt worden ist. Die Vernehmung von drei holländischen Zeugen über die politischen Anschauungen, über seine Sehstärke und über seine sexuellen Neigungen stellen m. E. das wichtigste Ergebnis der hiesigen Verhandlungen dar.

Aus diesen Aussagen ergibt sich einwandfrei:

1. Daß Van der Lubbe ein politischer Wirtkopf war, der in den letzten zwei Jahren vor dem Reichstagsbrand mit der kommunistischen Partei nicht nur gebrochen hatte, sondern eher faschistischen Ansichten huldigte.

2. Daß er infolge eines doppelten Arbeitsunfalls nicht nur außerordentlich kurzfristig war, sondern nahezu als halb blind bezeichnet werden muß. Außerordentlich eindringlich und übereinstimmend schilderten die drei Zeugen, wie Van der Lubbe nur aus nächster Nähe und von der Seite eine Zeitung lesen konnte. Einer bekundete, daß Van der Lubbe Arbeit auf einem Lastkahn gefunden hatte, nach kurzer Zeit aber entlassen werden mußte, weil er dauernd den Weg verfehlte und ins Wasser fiel!

3. Daß er, wie der Zeuge van Leeuwen sehr eingehend bekundete, ein Homosexueller war, der mit ihm selber anscheinend vergebens anzubandeln versuchte, der aber z. B. mit einem gewissen Koos Vinck wie „Junge und Mädchen“ verkehrte, wobei Van der Lubbe notorisch das „Mädchen“ war. Er steckte dauernd in Schulden und gerade wenn er nicht mehr finanziell weiterkam, pflegte er nach Deutschland zu reisen, um sich zu sanieren.

Das genügt wohl! Man braucht nunmehr nicht einmal die wertvollen und schlüssigen Bekundungen der Zeugen Hertz und Kühne zu erwähnen, über die innere Organisation des Reichstags, über die sonderbaren Brandstellen, über die Türkontrollen, über den unterirdischen Gang der Zentralheizungsanlagen zwischen dem Reichstagsgebäude selbst und dem Präsidentenhaus, das Göring seit Wochen den SA-Leuten überlassen hatte; noch ist es jetzt notwendig, auf den von Grzesinski widerlegten Schwindel über die Katakomben und das „Umsturzmaterial“ im Karl-Liebknecht-Haus besonders einzugehen, und auch die sonstigen Bekundungen der Zeugen Breitscheid, Georg Bernhard, Philippsborn u. a. über die allgemeine politische Situation in der damaligen Zeit, über die erwartete „Wahlbombe“ der Nazis usw. sind, so wertvoll sie an sich waren, nur in zweiter Linie zu berücksichtigen.

Wenn es unter den höchsten unabsetzbaren Richtern des Reiches noch einen Funken von Anstand und Ehrgefühl gibt, dann ist es ihre heilige Pflicht, das Lügegebäude des Oberreichsanwalts und der Hitlerregierung mit einigen einfachen Fragen zu zerreißen, die sich aus der Londoner Untersuchung ganz von selbst ergeben.

Sollte Van der Lubbe, aus irgend welchen Gründen, die man sich unschwer vorstellen kann, bei seinen unmöglichen idiotischen ersten Angaben bleiben, dann brauchen sie ihm nur ein Zeitungsblatt zu überreichen und ihn aufzufordern, daraus etwas vorzulesen. Dann wird sich sofort ergeben, daß dieser halbblinde Mann weder im dunklen Reichstag als Brandstifter umherwandeln, noch erst recht als Fassadenkletterer — wie es neuerdings heißt — darin eindringen konnte.

Sie müssen ihm dann Fragen über seine sexuellen Neigungen stellen, über seine Beziehungen zum Kreis Röhm-Heines-Bell, und zwar solange, bis er die Wahrheit zugibt, daß er nämlich ein Werkzeug jener im Präsidentenhaus verkehrenden SA-Homosexuellen war.

Geht das Reichsgericht über alle diese entscheidenden Punkte hinweg, unterlassen die Reichsrichter es, diese entscheidenden Fragen in öffentlicher Sitzung aufzuklären, dann ist für sie kein noch so verächtlicher Ausdruck zu hart. Dann machen sie sich selbst nachträglich zu Komplizen des Reichstagsbrandes, den sie jetzt mit Leichtigkeit aufklären könnten.

Werden sie es tun, trotz der Folgen, die die Aufklärung des Verbrechens vom 27. Februar für das ganze Verbrecherregime nach sich ziehen müßte? Die Ehre Deutschlands liegt in der Hand der Bumke, Bünge und ihren Kollegen, den höchsten Richtern des Deutschen Reiches!

Victor Schiff.

Sie lügen wie die Teufel...!

Zerschlagen — nicht zerschlagen?

Ein völliger Widerspruch und seine Erklärung.

Der Beauftragte Hitlers für Wirtschaftsfragen, dem alle wirtschaftspolitischen Organisationen der nationalsozialistischen Partei unterstehen, Wilhelm Keppler hat am 6. September 1933 eine Rede gehalten, der wir folgende Sätze entnehmen (Bericht der Frankfurter Zeitung vom 7. September 1933):

Die Regierung habe es sich weiterhin zum Ziel gesetzt, gegen jede zu weitgehende Organisierung anzukämpfen. Man habe die bestehenden Gewerkschaften zerschlagen und sei auch kein Freund der Arbeitgeberverbände, weil man es für viel zweckmäßiger halte, die Leitung eines Betriebes und seine Belegschaft wieder in engsten Kontakt zu bringen.

Drei Tage darauf hielt der berüchtigte Dr. Ley, der Leiter der sogenannten „Deutschen Arbeitsfront“ zu Köln eine Rede, in der er folgendes ausführte (Bericht der Germania vom 10. Sept. 1933):

Man habe ihm, Dr. Ley, Vorwürfe gemacht, daß er die Gewerkschaften in die Arbeitsfront hineingeführt habe, anstatt dem Wunsche nach ihrer Zertrümmerung stattzugeben. Aber der Nationalsozialismus habe erkannt, daß der beste Teil der deutschen Arbeiterschaft neben SA und SS in Gewerkschaften organisiert war.

Befindet man sich im Irrenhause? Keppler rühmt es als Verdienst des Nationalsozialismus, die Gewerkschaften zerschlagen zu haben. Ley dagegen beansprucht es als Verdienst des gleichen

Nationalsozialismus, dem Wunsche nach Zertrümmerung der Gewerkschaften nicht nachgegeben zu haben!

Dieser scheinbar unlösliche Widerspruch findet aber seine natürliche Erklärung, wenn man erfährt, wo beide Reden gehalten wurden: Keppler sprach vor dem Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Lage im Bankgewerbe, also vor einem reinkapitalistischen Gremium, wo man einander nichts vorzumachen brauchte. Ley dagegen sprach auf dem „Großen Konvent der Arbeitsfront“, auf dem den Arbeitern vorgespiegelt werden mußte, als hätten sie noch etwas zu sagen.

So konnte denn Keppler mit zynischer Offenheit zugestehen, daß die Gewerkschaften durch die Gleichschaltung de facto zerschlagen sind, während Ley so tun mußte, als ob er die Gewerkschaften durch Überführung in die Arbeitsfront gerettet habe. Er mußte sogar diese angebliche Rettungstat durch das süß-saure Kompliment an die „marxistisch verseuchten“ Freigewerkschafter begründen, daß sie den besten Teil der Arbeiterschaft darstellen, was in seiner Lügnerlei die einzig wahre Tatsachenbehauptung ist. Denn er verschweigt, was sein Parteigenosse Keppler bezeugt, daß eben mit der Überführung in die Arbeitsfront die Kampfkraft der Gewerkschaften zerschlagen wurde.

„Enge Beziehungen zu allerersten Kreisen“

Seit Hindenburg sein steuerfreies Gut, Hitler und Göring ihre bayrischen Landsitze und alle bedeutenden Pg. ihre gutbesoldeten Posten erhalten haben, ist bekanntlich die

kapitalistische Korruption endgültig beseitigt. Da wundert man sich aber doch, wenn man auf einmal im „Berliner Tagblatt“ vom 5. September folgendes Inserat findet:

Politiker

Obering, 40 J., kth. derzeitige enge Beziehungen zu allerersten Kreisen sucht industrielle oder wirtschaftl. Vertrauensstellung. Off. unt. Nk. G. 67089 bei Rudolf Mosse, Berlin-Neukölln, Berliner Straße 76, 77.

Eine hübschere Verbindung von Politik und Geschäft läßt sich gar nicht vorstellen. Ein „Politiker“ bietet sich mit seinen engen Beziehungen zu allerersten Kreisen öffentlich aus — durch Rudolf Mosse! War es dazu notwendig, das Dritte Reich zu gründen.

Ins Gefängnis

Wer den Mund auf tut, gefährdet den Staat

In Deutschland erzählt man sich, daß nächstens alle Zahnärzte ihre Praxis niederlegen würden, weil im Dritten Reich niemand mehr wagt, den Mund aufzutun. Das kann man verstehen, denn jeder Deutsche steht, sobald er den Mund öffnet, mit einem Fuße im Gefängnis. So teilt z. B. die Pressestelle des schlesischen Oberpräsidiums mit:

„In verschiedenen der im vorigen Herbst aufgelösten und nicht wieder hergestellten schlesischen Landkreise werden offenbar systematische Gerichte in die Welt gesetzt, die von einer Wiederherstellung auch dieser Kreise wissen wollen... Die Verbreiter derart unverantwortlicher Gerüchte mögen sich vor Augen halten, daß sie sich der Gefahr aussetzen, zum Schutz von Volk und Staat in Polizeihaft genommen zu werden.“

Kann sich der in Freiheit — das heißt nicht in Deutschland — lebende Mensch ein harmloses Gespräch denken als eines über die etwaige Wiederherstellung aufgelöster Landkreise? Im Dritten Reich müssen „Volk und Staat“ vor dem Unglücklichen geschützt werden, der es wagt, dieses Thema anzuschneiden! Normale Leute können hier nicht mehr mit — hier sind Spezialisten für Verfolgungswahn zuständig.

Unzulässiges Gedicht

Zulässige Schuhwichse

Auf Grund des Gesetzes zum Schutz der nationalen Symbole (19. Mai 1933) werden vom Reichspropagandaministerium ständig gewisse Kitschgegenstände beklopft und zum Teil für „unzulässig“ erklärt. Uebrigens eine Sisyphusarbeit — die Einfälle hakenkreuzgegelster Geschäftemacher erneuern sich wie die Versprechungen der Führer mit jedem Tag. Auf der letzten Liste „unzulässiger“ Fabrikate finden sich folgende Raritäten:

Matratzendrell mit Hakenkreuzmuster, Hitler-Gruß-Doppelpostkarte mit beweglichem Arm, Tabakpfeife mit Hakenkreuz, Backformen mit Hakenkreuz und der Bezeichnung SA, bemalter Kissenbezug, der außer der Aufschrift „Der Freiheit entgegen“ einen Adler, tragend ein Hakenkreuz auf weißem Felde mit einem schwarzweißroten Rande aufweist — und Gegenstand: Gedicht „Mein Hakenkreuz im Licht“, Hersteller: Frieda Gliese, Reichenau, Herstellungsort: Reichenau Sa.

Arme Frieda Gliese! Gedichte „herstellen“ ist doch keine Schande, Göbbels selber stellt sogar Romane her (und was für welche!). Außerdem wurden die schwarzweißroten Schuhputzdosens mit der Aufschrift „National“ der Firma Gebler-Werke ausdrücklich für „zulässig“ erklärt — und die sind doch sicher auch nicht schöner als „Mein Hakenkreuz im Licht“. Wer hat da gegen die Gliese intrigiert? Wer hat sein Geld in den Gebler-Werken stecken?

Gefährliche Verwechslung

Die Beamten der deutschen „Wach- und Schließgesellschaft“ werden nun uniformiert, um Verwechslungen mit der SA und SS — also mit der Krach- und Schließgesellschaft — zu vermeiden. Das ist höchste Zeit! In Wohnungen, die irrtümlich der SA und SS geöffnet wurden, soll kein silberner Löffel im Schrank, kein Pfennig in der Haushaltkassette, kein Teller auf dem andern geblieben sein.

Staat der Landsknechte

„Es ist selbstverständlich, daß der Nationalsozialismus als eine Bewegung herrlichster und härtester Männlichkeit zunächst für eine gewisse Durchgangszeit zu einem gewissen Gegensatz zur Frau kommen mußte. Denn die Bewegung, die heute der Staat ist, ist vom Soldaten, und zwar von einem besonderen Typ des Soldaten, vom Landsknecht, getragen und gebaut worden.“

(Dr. Walter Groß auf dem Nürnbergert Parteitag.)

Wieviel Arbeitslose?

Amtlicher Schwindel mit Zahlen — Die Steuerstatistik bringt es an den Tag

Das gleichgeschaltete Statistische Amt gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Widersprüche zwischen seinen Arbeitslosenziffern und der wirtschaftlichen Wirklichkeit wenigstens auf dem Papier aus der Welt zu schaffen. Deshalb hat sich das dem Statistischen Reichsamt unterstellte Institut für Konjunkturforschung entschlossen, die amtlichen Arbeitslosenziffern durch Zahlen über die Entwicklung des Arbeitseinkommens zu stützen.

In seinem Wochenbericht vom 6. September behauptet das Institut, daß in dem Maße, wie sich das Hitlerregime befestigt hat, das Arbeitseinkommen gewachsen sei. Es sei „vom 1. und 2. Vierteljahr 1933 um rund 1/2 Milliarde RM. gestiegen. Das ist erheblich mehr als in der gleichen Zeit der letzten Jahre, bedeutet also eine über das Saisonmäßige hinausgehende Steigerung.“ Vom 1. zum 2. Vierteljahr hat sich nach den Angaben des Instituts das Arbeitseinkommen wie folgt erhöht:

| | |
|------|------------------------------|
| 1930 | um 0,1 Milliarden Reichsmark |
| 1931 | „ 0,2 „ „ |
| 1932 | „ 0,3 „ „ |
| 1933 | „ 0,5 „ „ |

Im letzten Vierteljahr 1932 betrug danach das Arbeitseinkommen 6.413 Millionen Mark, bis Ende des ersten Quartals 1933 war es auf 6000 Millionen gesunken und bis Ende Juni auf 6500 Millionen Mark gestiegen. Seit Sommer 1929 sei das Arbeitseinkommen von einem Jahr zum andern stets gesunken. Nur im zweiten Quartal des Jahres, in dem das Dritte Reich zum Ausbruch gekommen war, sei es zum erstenmal im Verlaufe der letzten vier Jahre gestiegen. Wenn das Arbeitseinkommen zwar unverhältnismäßig gewachsen ist, aber noch nicht die Höhe von 1932 erreicht habe, so liege das an den Sünden der früheren Regierung, die es verschuldet haben, „daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 . . . die Löhne und Gehälter noch gesenkt wurden.“

Die vom Institut behaupteten Ziffern des Arbeitseinkommens sollen die Besserung der Konjunktur beweisen und einen indirekten Beweis für die Richtigkeit der allseitig mit Skopis betrachteten Arbeitslosenstatistik liefern.

Die Behauptung, daß das Arbeitseinkommen gewachsen sei, stimmt aber mit der Statistik der Steuererlöse nicht überein.

Die im zweiten Augustheft der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ enthalten ist. Danach betrug die Einnahme an Lohnsteuer im zweiten Vierteljahr in tausend Mark:

| | |
|-------|-------|
| 1931: | 282,2 |
| 1932: | 196,7 |
| 1933: | 182,4 |

Nach der amtlichen Statistik betrug die Zahl der bei den Arbeitssamtern gemeldeten Arbeitslosen:

| | |
|-----------------|-----------|
| Ende Juni 1932: | 5.475.778 |
| Ende Juni 1933: | 4.856.942 |

Es ergibt sich also der merkwürdige Widerspruch, daß zur gleichen Zeit die Arbeitslosigkeit gesunken ist oder, was dasselbe bedeutet, die Zahl der Beschäftigten zugenommen und trotzdem die Lohnsteuererlöse abgenommen hat. Das Sinken des Lohnsteuererlöses ist zwar kein schlüssiger Beweis dafür, daß die amtliche Arbeitslosenstatistik gefälscht und daß die Arbeitslosigkeit tatsächlich gestiegen und nicht, wie amtlich behauptet wird, gesunken ist.

Wenn aber bei zunehmender Beschäftigung gleichzeitig der Ertrag der Lohnsteuer geringer geworden ist, dann muß eine Senkung des Lohnsteuereinkommens stattgefunden haben.

Ist die Steuerstatistik richtig, dann muß entweder die Arbeitslosenstatistik oder die Lohnstatistik falsch, aber sie können nicht beide zugleich richtig sein.

In der Zeit vom 1. zum 2. Vierteljahr 1933 sanken die Arbeitslosenziffern von 5.598.850 auf 4.856.942, also um rund 700.000. Die Lohnsteuer beträgt nominal 10 Prozent, unter Berücksichtigung des steuerfreien Einkommens und der Abzüge rund 5 Prozent. Nimmt man ein Durchschnittseinkommen von 1200 Mark im Jahre oder 300 Mark im Vierteljahr an, dann müßte in dieser Zeit die Lohnsteuererlöse um 10,5 Millionen Mark zugenommen haben. Tatsächlich ist sie aber in diesem Zeitraum nur von 182,2 auf 184,4 Millionen Mark gestiegen, also um ganze 200.000 Mark. Daraus ergibt sich klar und deutlich, daß entweder die Arbeitslosigkeit zugenommen, oder daß das Arbeitseinkommen nicht nur nicht über das saisonmäßige Maß hinaus zugenommen, sondern weit dahinter zurückgeblieben ist. Das Statistische

Reichsamt hat also die Wahl, ob es zugeben will, daß die behauptete Abnahme der Arbeitslosigkeit oder die behauptete Zunahme des Arbeitseinkommens Schwindel ist.

Wankender Glaube — sinkende Kurse

Die Heroide des Dritten Reiches hatten feierlich verkündet, daß der bloße Glaube an Hitler Wunder wirken würde, und daß dem enormen Aufschwung der Seelen der Aufschwung der Wirtschaft folgen würde. Ein ziemlich zuverlässiges Barometer für die Höhe des Vertrauens der deutschen Unternehmer in die Wunder wirkende Kraft der Hitlerschen Arbeitsbeschaffung sind die Kurse der Wertpapiere. Da ergibt sich denn, daß die Aktienkurse in Deutschland ständig sinken, während auf den großen Weltbörsen die Kurve der Aktienkurse im Steigen ist. In der Zeit vom 12. August bis zum 9. September stieg der Aktienindex in London von 67,5 auf 68, in Amsterdam von 34,7 auf 38,9, in New York von 58,8 auf 59,8, in Zürich von 47,8 auf 48,7.

dagegen sank der Aktienindex zur gleichen Zeit in Berlin von 29,4 auf 25,3.

Der Aktienindex insgesamt sank von rund 68 Anfang August auf rund 65 Anfang September.

Einige Berliner Banken haben wegen völliger Stockung des Börsengeschäfts ihren Betrieb eingestellt. Man muß auch berücksichtigen, daß die Großbanken von der Reichsregierung gezwungen werden, auf der Börse zu intervenieren, d. h. Aktien, die vom allzu tiefen Sturz bedroht waren, aufzukaufen. Die amtlichen Börsenkurse sind frisiert: ohne die den Banken aufgezwungene Intervention, die die

ohnehin spärlichen Wirtschaftskredite noch weiter verkürzt, wäre der Fall der Kurse noch heftiger.

Im letzten Wochenbericht der Berliner Handelsgesellschaft, einer der Berliner Großbanken, wird diese auffallende Erscheinung zu erklären versucht. Die Bank kann ihre Meinung nicht offen aussprechen und überläßt es deshalb ihren Kunden, zwischen den Zeilen zu lesen. Immerhin ist die Umschreibung deutlich genug. Es heißt in dem Bericht:

„Die Wirtschaftsumstellung hat aus persönlichen oder sachlichen Anlässen das Angebot am Effektenmarkt gesteigert.“

Mit anderen Worten: anstatt angeregt durch den erhofften Wirtschaftsaufschwung mehr Aktien zu kaufen, haben die Kapitalisten sich nach Kräften bemüht, die Wertpapiere, die sie bereits hatten, loszuwerden. Weiter heißt es:

„Nun wird vermutlich, jener Teil der Kapitalbildung, der sich über die Unternehmung vollzieht, noch erheblich durch die Notwendigkeiten der Wirtschafts Anpassung beansprucht, auch ist möglich, daß die organisierte Arbeitsbeschaffung dann und wann noch Reibungsverluste verursacht.“

Die Art der Hitlerschen Arbeitsbeschaffung wirkt also auf das Anlage suchende Kapital nicht ermunternd, sondern abschreckend.

Die Unternehmer glauben also nicht an den von Hitler versprochenen Aufstieg, weil sie den tatsächlichen Abstieg allzu deutlich vor Augen sehen.

Im allgemeinen pflegt das Sinken der Aktienkurse vom Steigen der Rentenkurse begleitet zu sein. Die Kapitalisten, denen die Anlage der Aktien zu riskant erscheint, wandern zu den mit fester Verzinsung und Garantien der öffentlichen Hand ausgestatteten An-

leihepapieren ab. Diesmal jedoch sind die Kurse der Rentenpapiere nicht nur nicht gestiegen, sondern gleichfalls gesunken.

Das Kursniveau der festverzinslichen sechsprozentigen Wertpapiere fiel von 79 Anfang August auf 77,9 Anfang September. Auch dafür gibt der Bericht der Berliner Handelsgesellschaft eine Erklärung:

„Zuzugeben ist, daß das im Mittelpunkt der Rentenmarkterörterungen stehende kom-

PARIS

Für 15 Francs monatlich stehen Ihnen 3000 moderne, deutsche Bücher zur Verfügung.

Deutsche Leihbücherei EDA

10, RUE BLANCHE (Trinité)

munale Schuldenproblem durch psychologische Antriebe allein nicht gelöst werden kann.“

Die hoffnungslose Pleite der Kommunalfinanzen schreckt also die Kapitalisten vor dem Ankauf von Anleihepapieren zurück. Sie fürchten, daß sie die Leidtragenden des finanziellen Bankrotts der Kommunen sein werde, wie es die Anleihegläubiger einer Reihe deutscher Großstädte bereits geworden sind. Die Bemerkung der Berliner Handelsgesellschaft ist aber auch eine schallende Ohrfeige für das Hitlerregime, für die die gleichgeschaltete Leitung dieser einst „verjudeten“ Bank eigentlich mindestens das Konzentrationslager verdient hätte. Denn sie besagt, daß es auf die Dauer nicht damit getan ist, den Mangel an wirklichen Leistungen mit Reklamegeschrei zu überbönen, oder mit Feuerwerk zu überblenden.

Mercator.

Hitler, der Märtyrer

wie er von republikanischen Schergen mißhandelt wurde

Nach dem Münchener Bürgerbräuputsch im Jahre 1923 wurde Hitler in der Festung zu Landsberg a. L. gefangen gesetzt, und die braunen Byzantiner von heute dichten diese Festungszeit gern in ein Martyrium ihres Führers und Helden um. Jetzt hat der SS-Sturmführer Otto Lurker im Verlag E. S. Mittler und Sohn, Berlin, ein Buch erscheinen lassen, betitelt: „Hitler hinter Festungsmauern“. Er, der damals Strafanstalts-wachmeister in Landsberg war, kennt Hitlers Festungszeit aus eigener Anschauung, und man darf ihm Wort für Wort glauben, wenn er schildert, wie hart der gewissenlose Aufwiegler, der Hunderte in das unsinnige Blutvergießen eines aussichtslosen Putschs trieb, gestraft wurde.

So erging es dem „Märtyrer“ in der Haft:

„Nach gemeinsam mit den Mitgefangenen eingenommene Frühstück, währenddessen er sich meist über Fragen der Kunst und Ge-

schichte unterhielt, zog sich Hitler in der Regel auf seine inzwischen durch Gefängnissträflinge gerichtete Stube zurück und vertiefte sich in das Studium politischer, wissenschaftlicher und belletristischer Werke. Eine reichhaltige Bibliothek mit den ausserlesensten Büchern, meist Geschenken von Freunden und Verehrern, stand ihm dabei zur Verfügung. Im Laufe der Haftzeit hatte seine Bücherei eine erhebliche Bereicherung erfahren und nahm den größten Teil seiner mit hübschen Bildern und Blumen geschmückten Stube ein.

Später folgte dann ein mehr oder minder kurzer Spaziergang im Festungsgarten, wobei sich Hitler mit seinen Freunden über die politischen Aussichten unterhielt, den Turnübungen seiner Mitgefangenen zusah oder den Fortschritten der Gartenanlage besichtigte, zuweilen auch in der Sonne sitzend in einem Buche las. Häufig war ein kleiner Kreis um ihn versammelt, mit dem er sich in seiner freundlichen Art lobhaft unterhielt. Hauptsächlich in der ersten

Zeit seiner Haft wurden die Spaziergänge in der Regel durch viele Besuche unterbrochen, die sich oft bis zur Mittagszeit und darüber hindehnten. Die Einnahme des Mittagessens vereinigte Hitler dann wieder mit seinen Getreuen zu längerem Bellsammeln im Tagesraum. Dieser hatte durch Anbringung einer Uhr und von eingerahmten Kunstblättern ein freundliches Aussehen gewonnen . . . Die Post brachte Briefe und Zusendungen.

Das war Hitlers Martyrium! Eine Sommerfrische, um die mancher arme Teufel im Dritten Reich sonstwas geben würde.

Wie würde man einen Krieger nennen, dem einst sein sieghafter Gegner großmütig Leben und Freiheit schenkte, und der zum Dank dafür, sobald er selbst im Vorteil ist, diesen Gegner von entmenschten Knochen prügelte, peinigte, folterte, in den Dreck treten und endlich erschlagen läßt? Einen feigen Lumpen, einen blutigen Schuft würde man ihn nennen, dem kein anständiger Mensch mehr die Hand geben sollte!

Aber auch wir werden daraus zu lernen haben, wie man gemeingefährliche politische Verbrecher in Zukunft zu behandeln hat!

Propaganda! Propaganda!

150.000 Versammlungen.

Göbbels verordnet: Am 1. Oktober Erntedankfest als agrarisches Gegenstück zum 1. Mai.

Göbbels verordnet: Ab 1. Oktober 150.000 (einhundertfünfzigtausend) Versammlungen zur Propaganda der NSDAP.

Einhundertfünfzigtausend Ansprachen der Vorsitzenden und einhundertfünfzigtausend Reden der Referenten sind zusammen dreihunderttausend Reden.

Die Propagandawut überschlägt sich. Der Hunger des Volkes, der Mißerfolg auf allen Gebieten soll aus der Welt geredet werden!

Dreihunderttausend Reden — und kein Widerspruch erlaubt!

Dennoch — der Tag wird kommen, an dem die Stimme des Volkes den Göbbels mitsamt seinen 300.000 dressierten Schwätzern zum Schweigen bringen wird.

Noch kreischen sie, die heute oben stehen. Aber schon grölft es in der Tiefe!

„Ungehängt.“

In der von dem Abgeordneten von Leers geschriebenen Broschüre „Juden sehen dich an“ reiht sich Menschenbild an Menschenbild, und jede Unterschrift ist eine offene Mordhetze. Die dem Mordstrahl schon zum Opfer fielen, werden noch im Grab bespielt. Rosa Luxemburg — „gerichtet“, Karl Liebknecht — „erschossen“, Erzberger — „endlich gerichtet“.

Und in der Reihe der lebenden „Lügenjuden“ taucht ein Kopf auf mit gütigen Augen, mit einer hohen, klugen Stirn. Darunter steht „noch ungehängt“, und wie ein blutiger Schleier liegt es über dem Bild, über der schändlichen Unterschrift. Kugeln aus der Büchse eines gekauften Lumpen löschten das klare Licht dieses Geistes aus. Der da im Bild gezeigt wird, hieß — Theodor Lessing.

Und das gleiche Wort „ungehängt“, die gleichen Zeichen der braunen Verbrecherschrift stehen auch unter dem Bild Albert Einsteins.

Die Presse des Dritten Reiches höhnt aber über die Freunde, die sich um das Leben Einsteins besorgt zeigen.

Die Dinte wider das Blut

Vom Geheimen Staatspolizeiamt für den Bereich des Landes Preußen ist beschlagnahmt und eingezogen worden: „Artur Sander. Die Dinte wider das Blut“ von Hans Reimann.



So „büßte“ Hitler nach dem Münchener Bürgerbräuputsch im Jahre 1923 seine Blutschuld

Neurath lügt für Hitler

Deutschlands Rüstungen und die Welt

Der Außenminister des Dritten Reichs, Herr von Neurath, hat mit seiner Rede vor der ausländischen Presse bewiesen, daß kein Mensch Mitglied der gegenwärtigen deutschen Regierung sein kann, ohne bis auf den Grund seiner Seele zu verschmutzen. Herr von Neurath hat vierzehn Jahre lang dem System, das er jetzt beschimpft, mit Ergebenheit gedient. Heute besitzt er die Unverfrorenheit, von Leuten zu sprechen, „die einem Deutschland nachtrauern, in dem sie sich auf Kosten des Volkswohles zu Einfluß bringen konnten.“

Herr von Neurath hat noch unter den Regierungen Papen und Schleicher im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gemeinsam mit uns gegen den verderblichen Wahnsinn der Habicht und Rosenberg gekämpft.

Er hat sich dabei in Übereinstimmung mit allen höheren Beamten seines Amtes befunden. Heute stellt er sich hin und erzählt den Vertretern der ausländischen Presse, daß die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich für die „Grundsätze wahrer Demokratie“ kämpfe und daß die Reichsregierung — die ihre Mörder in alle benachbarten Länder schickt — nicht daran denke, sich in die politischen Verhältnisse Oesterreichs einzumischen. Ja, er fordert das Ausland auf, „einzusehen, daß Volksbewegungen nicht durch polizeiliche Maßnahmen unterdrückt werden können“. Die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich hat kaum ein Viertel des österreichischen Volkes hinter sich, sie will drei Viertel des Volkes nach den verbrecherischen Methoden des Dritten Reiches unterdrücken. Und da spricht Neurath von wahrer Demokratie! Die Selbstbeherrschung der Pressevertreter, die ihm ruhig zuhörten, verdient alle Bewunderung.

Neurath sprach weiter von dem „unsinnigen Gerede über die sogenannte Judenfrage“, das schnell verstummen werde, „wenn man erkennt, daß die notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen konnte, daß sie aber doch nur dazu diene, um in Deutschland die Herrschaft von Recht und Gesetz um so unerschütterlicher zu festigen.“ Recht und Gesetz sind also jetzt in Deutschland unerschütterlich gefestigt. Die Welt hat es mit Staunen gehört. Und einem Staatsmann, der ihr solche unsinnige, durch tausend Tatsachen jedes Tages widerlegte Unwahrheiten ins Gesicht schleudert, soll sie noch ein einziges Wort glauben?

Die Weltpresse, ganz besonders die französische, hat sich freilich weniger mit den kleineren Lügen und Unanständigkeiten dieser Ministerrede beschäftigt als mit seiner ziemlich offenerzigen Ankündigung, daß das neue Deutschland den gegenwärtigen Zustand der Rüstungsungleichheit nicht länger ertragen, also, falls die anderen nicht abrüsteten,

ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Vertrages von Versailles

ausrüsten werde. Mit dieser Erklärung des deutschen Außenministers ist eine gewisse Klarheit eingetreten, eine Klarheit, die es eigentlich unmöglich machen sollte, die Emigranten weiter zu beschuldigen, daß sie es wären, die der Welt den Aufrüstungswillen des Dritten Reiches denunzierten. Dieser Aufrüstungswille ist jetzt von der deutschen Regierung selbst in unverschleierte Form zugegeben worden. Er stellt die anderen Staaten Europas und der Welt vor schwierige Entscheidungen.

Die Erkenntnis, daß die Abrüstungskonferenz auch ohne die Erklärung Neuraths eigentlich schon längst tot war, ist allgemein. Die Abrüstungskonferenz wird, wenn sie wieder eröffnet wird, nur noch das Manöverfeld sein, auf dem die Diplomaten zu ganz anderen Zwecken als denen einer allgemeinen Abrüstung manövrieren.

Seit in Deutschland Hitler am Ruder ist, denkt keine Regierung der Welt daran, ihre Rüstungen herabzumindern.

es geschieht vielmehr überall, besonders in den Nachbarländern Deutschlands, das gerade Gegenteil davon: es wird überall

aufgerüstet. Die Frage ist nur noch, ob ein allgemeines Wettüben der Sieger wie der Besiegten des Weltkrieges stattfinden soll, bis als seine unvermeidliche Folge ein neuer Weltbrand ausbricht, oder ob versucht werden wird, unter Berufung auf die bestehenden Verträge diese unheilvolle Bewegung abzustoppen.

Frankreich fühlt sich durch die deutschen Rüstungen am stärksten bedroht. Es bemüht sich, eine möglichst breite Basis zustande zu bringen für eine Aktion, die die deutschen Rüstungen unterbinden soll. Es versucht durch Sondierungen festzustellen, bis zu welchem Grade von Energie eine solche Aktion gesteigert werden kann, ohne daß die Einigkeit derer, die sie unternehmen, gefährdet wird. Dabei denkt es an die anderen Nachbarstaaten Deutschlands, die sich gleichfalls bedroht fühlen, dann ganz besonders an England und die Vereinigten Staaten, seine großen Verbündeten aus dem Weltkrieg, aber auch an Sowjetrußland und sogar an Italien. Es rechnet damit, daß das heutige Deutschland keinen einzigen Freund in der Welt hat — aber eine andere Frage ist, ob alle in Betracht kommenden Regierungen bereit sind, die Aktion gegen die deutschen Rüstungen bis zu einem Punkte zu treiben, an dem der Bestand des nationalsozialistischen Regimes selbst bedroht wäre. Dieser Punkt würde wahrscheinlich dann erreicht sein, wenn die

Auflösung der SA., der SS. und des Stahlhelms gefordert werden würde.

Einstweilen bemüht sich Frankreich durchzusetzen, daß die Rüstungsbeschränkungen für einige Jahre vertagt werden und zuvor schon eine allgemeine

Rüstungskontrolle eingeführt wird. Diese Rüstungskontrolle hätte dann den eigentlichen Zweck, festzustellen, daß Deutschland durch seine Rüstungen den Vertrag von Versailles verletzt hat. Aber es ist wiederum nicht anzunehmen, daß sich die deutsche Regierung ohne den stärksten Druck von außen verstehen könnte, eine solche Kontrolle hinzunehmen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets die Gleichberechtigung Deutschlands auf allen Gebieten gefordert, und sie hat stets gefordert, daß kein Staat aufrüsten, sondern daß alle abrüsten

Schamloser Gewissenszwang

Spende oder Erpressung?

Wer bisher geglaubt hat, die deutsche Sprache einigermaßen zu beherrschen, war in einem unverzeihlichen Irrtum befangen und muß sich von den braunen Reinigern eines Besseren belehren lassen. Setzen wir nicht bisher „Spende“ mit Schenkung gleich? Meinten wir nicht, nur eine freiwillige Gabe sei als Spende zu bezeichnen? Der gleichgeschaltete Sprachgebrauch hat mit dieser Vorstellung aufgeräumt. Eine Meldung der gleichgeschalteten Presse ist überschrieben „Spende der Gastwirte“ und lautet:

Die Reichsleitung des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststättengewerbes hat, wie einem Schreiben des Bezirksverbandes Erfurt zu entnehmen ist, die Verfügung getroffen, daß sämtliche deutschen Gastwirte, auch die nichtorganisierten, ein Prozent ihres Umsatzes vom 1. bis 31. August an die Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft abzuführen haben. Auf Anordnung

sollen. Sie hat für diese ihre Politik nicht nur die Unterstützung der Sozialistischen Internationale, sondern auch das Verständnis weitester bürgerlicher Kreise in den ehemaligen Siegerländern gefunden. Eine für Deutschland günstige Entwicklung ist durch das sinnlos herausfordernde Treiben der Hitlerregierung jäh unterbrochen worden. Deutschland befindet sich in der denkbar schwierigsten außenpolitischen Lage, und die Schuld daran trägt einzig und allein jene Verbrechergesellschaft, die jetzt vor der Welt für das geknebelte deutsche Volk das Wort führt.

Was aber den Herrn von Neurath betrifft, so mag er sich vielleicht mit Tayllerand trösten, der gleichfalls als Diplomat und Außenminister den verschiedensten Regierungen in Frankreich gedient hat. Tayllerand hatte keinen Charakter, aber Geist. Herr von Neurath hat keinen Charakter und sonst nichts!

der Reichsleitung müssen diejenigen Gastwirte gemeldet werden, die sich weigern, die Spende zu zahlen.

Waren wir nicht überzeugt, bei einer „Kundgebung“ werde durch die Teilnehmer ein Wille kundgegeben? Das ist anders geworden, jetzt wird den Teilnehmern etwas kundgetan, und wehe dem, der mit der Versammlungsleitung nicht einer Meinung ist!

Unter der Spitzmarke „Massenkundgebung der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“ verfügt der schlesische Verbandsbezirksleiter des deutschen Arbeiterverbandes in der Presse:

„Es hat jeder Arbeitnehmer bei den Gemeindebetrieben, Reichs- und Staatsbetrieben, Reichsbahn und Privateisenbahnen, Reichspost, Straßenbahnen, Verkehrs- und Handelsbetrieben sowie von der Schifffahrt und dem Wasserstraßenbau die Pflicht, zu erscheinen.“

Wenn der Rummel vorbei ist, können die Zeitungen wieder von der „ungehörigen Teilnehmerzahl“ auf die Begeisterung der Massen schließen.

Glaubten wir nicht bisher, eine Erpressung sei eine Erpressung, eine Schamlosigkeit sei eine Schamlosigkeit, wer immer sie begeht? So einfach ist die Sache nicht mehr. Deutsche Zeitungen melden:

„In dem kleinen Bergmannsdorfe Maybach (Saargebiet) wird zur Zeit die Propaganda für den autonomistischen „Generalanzeiger“ mit geradezu zynischer Schamlosigkeit betrieben. Wer das Autonomistenblatt nicht bestellt, erlebt binnen kurzem eine Maßregelung und wird aus der Grube entlassen. Der Gewissenszwang nahm derartige Formen an, daß sich Ende August der katholische Pfarrer des Ortes veranlaßt sah, von der Kanzel herab gegen die Zustände Stellung zu nehmen. Darauf hat die Grubenverwaltung mitgeteilt, daß dem Pfarrer die Verfügung über die Kirche entzogen werde... Sie hat mit diesem unerhörten Vorgehen gezeigt, daß sie offen das erpresserische Vorgehen der Separatisten unterstützt.“

Also: bei einer saarländischen Grubenverwaltung ist's Erpressung, wenn die deutsche Regierung täglich, stündlich zu hunderten Malen das gleiche tut, Zwangsabonnenten für Zeitungen anwerben läßt und jeden, der es wagt, Kritik zu üben, nicht nur aus dem Amt, sondern auch ins Konzentrationslager jagt, so heißt das „Gleichschaltung“ und „nationale Erneuerung“. Wer je deutsch gekonnt hat, kennt sich in diesem babylonischen Sprachwirrwarr nicht aus. Aber die gleichgeschaltete Presse hat erstaunlich schnell begriffen, worauf es ankommt, die braunen Zeitungslakaien drehen sich selber das Wort im Munde um.

Es wird viel gebetet in Berlin

Der „Berliner Herold“ stellt fest: „Wenn man abends durch die Straßen von Berlin geht, entdeckt man, daß in jeder Straße, sechsten Seitenstraße eine fromme Gemeinde ihren Altar hat. Viel Sekten blühen, viel Laienprediger reden gehobene Worte, viel Harmoniumspiel und Choralgesang. Es wird viel gebetet in Berlin.“

Berlin, Berlin — wie haste dir verändert!

»Blut und Geist«

„Wenn man übrigens, was jetzt in Deutschland geschieht, wirklich der „arischen Rasse“ ankleiden müßte, so könnte man ihr nur wünschen, daß sie sich schleunigst mit einer anderen mischt (solern sich noch eine andere mit ihr mischen will)“ (Konrad Folke über „Blut und Geist“ in der „Neuen Züricher Zeitung.“)

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“ Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Was führte zum Scheitern der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland?

Diese Frage entzündet seit Monaten wieder und wieder die Diskussionen in Deutschland und der Welt. Es ist keine müßige Debatte, — sie soll den Ausgangspunkt für den jetzigen Kampf und den künftigen Sieg bilden.

Diese Frage ist auch eines der Hauptthemen der Broschüre: „Neu beginnen!“, die als Heft II der sozialdemokratischen Schriftenreihe in der nächsten Woche erscheinen wird.

„Neu beginnen!“ — das ist der Sinn dieser revolutionierenden Schrift, die nicht scheut, herbe Kritik am Vergangenen zu üben, und auszusprechen, was viele denken. — Die aber aus Kritik und Ablehnung zu neuen Forderungen kommt, neue Wege weist und neue Ziele aufstellt.

„Neu beginnen!“ ist keine Propagandaschrift im Agitationssinne, sie ist eine Streitschrift, sie faßt die tausend neu auftauchenden Probleme herzhaf an, ringt mit ihnen und tut nicht „abgeklärt“.

Sie wollen doch nicht abseits stehen? Sie wollen doch auch die Auffassungen anderer hören? Bitte — dann bestellen Sie diese Diskussionsschrift.

Schreiben Sie, am besten jetzt gleich, eine Postkarte an „Graphia“, Karlsbad, Kantstraße (das genügt), und fordern Sie „Neu beginnen“ von Miles. Der Preis beträgt K^ö 4.—, der Umfang 64 Seiten.

Pariser Nachklänge

Warum Erziehungsdiktatur?

Von S. Aufhäuser.

Der Artikel der Genossin Oda Olberg über die Pariser Tagung hat starken Widerspruch hervorgerufen und eine Anzahl Genossen zur Polemik veranlaßt. Da es unmöglich ist, alle diese Zuschriften zu bringen, greifen wir die wichtigsten heraus. Die Diskussion wird fortgesetzt.

Genossin Oda Olberg hat in ihrem Aufsatz „Kritik der Kritik“ mancherlei ausgesprochen, worüber keine Meinungsverschiedenheit besteht. Auch sie meint, es hätte nicht der Zweck der Pariser Konferenz sein können, „mit der üblichen Anforderungen Demokratie und Frieden zu verteidigen“, auch sie spricht wiederholt von „ungetaner Arbeit“ in der Vergangenheit. Auch sie analysiert richtig die ökonomischen Kräfteverhältnisse, die den Faschismus begünstigt haben. Ja, meine Äußerung, „daß man politische Macht nur behalten kann, wenn man entschlossen ist, sie von Anfang an ökonomisch zu fundieren“, bezeichnet sie als „einen goldenen Satz, sie sagt sogar, daß unser revolutionärer Wille in der vergangenen Zeit „zu früh erlahmt sei“ — und doch mündet ihre ganze Unzufriedenheit mit der Pariser Tagung in einer einzigen Anklage gegen diejenigen Genossen, die der revolutionären Situation mit revolutionären Mitteln begegnen wollen! Dabei gibt sie dem von mir gebrauchten Wort „Erziehungsdiktatur“ eine Auslegung, nach der „Diktatur“ nur „Disziplinierung der Massen“ bedeuten könnte, und schließlich bezeichnet sie meinen Gedanken nach dieser willkürlichen und gewaltsamen Auslegung „als die Sünde wider den heiligen Geist“.

Bei einer solchen Betrachtungsweise läge allerdings kein Grund vor, mit der Pariser Konferenz unzufrieden zu sein. Die Pariser Konferenz hat gewiß zu wenig erklärt, aber sie hat weit mehr Klärung gebracht, als ich sie dem Artikel der Genossin Oda Olberg entnehmen kann.

Diese Tagung konnte weder neuen Wein noch neue Schläuche liefern, sondern ihre Aufgabe mußte sein, eine klare Problemstellung herauszuarbeiten, nach der wir unser künftiges Handeln gestalten können. Die ganze Katastrophe ist auch in Paris nicht etwa auf die Schuld von Personen abgeladen worden, und es ist völlig überflüssig, immer wieder zu betonen, daß „auf jeden von uns ein beträchtlich Teil von Schuld käme“, mag er in der Exekutive oder in der Opposition gestanden haben. Worauf wir aber in der Pariser Beratung nicht verzichten konnten, das war die historische Betrachtung, um daraus allerdings für unser Urteil über Möglichkeiten und Grenzen der Anwendbarkeit parlamentarischer Demokratie Folgerungen zu ziehen. Meine Äußerung über Erziehungsdiktatur ist im Zusammenhang mit diesem historischen Rückblick von 1933 bis 1918 gemacht worden.

Ich habe es abgelehnt, den Faschismus lediglich als Ergebnis von Gewalt anzusehen, sondern versucht, seiner soziologischen Entstehung näher zu kommen. Meine Kritikerin schreibt: „Warum soll auf einmal die ganze Demokratie versagt haben? Weil Hitler mit demokratischen Methoden zur Macht gekommen ist?“ Hitler konnte zum Nutznießer der demokratischen Wahlen werden, weil die deutsche Arbeiterklasse aus einer Reihe von Gründen, nicht zuletzt wegen ihrer Uneinigkeit, ihre im November 1918 gewonnene politische Macht frühzeitig an das demokratische Parlament abgegeben hat. Die ökonomische Fundierung unserer Machtpositionen vom November 1918, d. h. vor allem die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Aufteilung des Großgrundbesitzes usw. konnten nur vollzogen werden, solange eine Diktatur der Volksbeauftragten an der Macht war. In dem Augenblick, in dem wir uns über das demokratische Parlament mit der Bourgeoisie in die Staatsmacht teilten, hatten wir selbst den Weg geebnet, der zur Schwächung, statt zur Stärkung

der ökonomischen Kräfte des deutschen Proletariates führen mußte. Ich habe darauf verwiesen, daß der 20. Juli 1932 jene Illusion zerstört hat, als könnten Aemter in der Staatsverwaltung den Mangel an ökonomischer Kraft ersetzen und wiederholt, daß eine Arbeiterpartei nicht mehr politische Verantwortung im heutigen Staat übernehmen kann, als sie Macht in diesem Staate hat.

Die Hinweise auf den Ausgang des Generalstreikes gegen den Kapp-Putsch 1920 und den Niedergang der Arbeiterbewegung nach dem großen Wahlsieg vom Mai 1928 sollten ebenfalls dazu dienen, aus der Entwicklung seit 1918 Lehren für

kämpfenden Arbeiterschaft in Deutschland zu sagen:

1. Mit welchen Mitteln führen wir den Kampf zur Ueberwindung des Faschismus und wie behaupten wir einmal politisch gewonnene Macht?
2. Was haben wir wirtschaftlich nach einer Machtergreifung an die Stelle des heutigen Regimes zu setzen?

Dazu gehört allerdings eine sachliche Erörterung des Diktaturproblems, denn die deutschen Arbeiter wollen wissen, ob die Diktaturerfahrungen mit Rußland, Italien und jetzt mit Deutschland zur Wiederholung von 1918 führen dürfen, oder ob

Wenn Du

alles tust, was in Deinen Kräften steht, und überall, bei jeder Gelegenheit unter Deinen Freunden, Kollegen und Bekannten, mündlich und schriftlich

Für den Neuen Vorwärts wirbst,

hilfst Du der deutschen Arbeiterschaft in ihrem schweren, opferreichen Kampfe gegen die Barbarei des Faschismus. —

Kämpfst Du gegen Hitler,

denn durch jeden neuen Bezieher werden dem Verlag neue Mittel zugeführt, die für die Finanzierung der gefährlichen Verbreitung des „Neuen Vorwärts“ in Deutschland benötigt werden.

Also wirb!

die Anwendung von Demokratie oder Diktatur zu ziehen.

Es ist ja gar kein Streit über den Wert der Demokratie, und ich habe zu allem Ueberfluß die soziale Demokratie in Paris erneut als die vornehmste Form für das Zusammenleben der Menschen bezeichnet. Es war auch kein Zweifel, daß in den demokratischen Ländern die Demokratie zu verteidigen ist, aber die Pariser Entschließung sagt mit Recht, „daß dort, wo die Bourgeoisie den Boden der Demokratie verlassen, sich dem Faschismus in die Arme geworfen hat und der Arbeiterklasse die demokratischen Kampfmittel entrissen hat, kein anderer Weg zur Befreiung führt, als der des revolutionären Kampfes.“ Wenn über diese allgemeine Deduktion hinaus einige von uns versuchen, den Begriff der Diktatur zu konkretisieren, dann ist das trotz aller Heftigkeit in der Ausdrucksweise von Oda Olberg doch etwas mehr, als „Fusel der revolutionären Geste“ oder nur „Papiernes“.

Schließlich könnte die Pariser Konferenz nur den Sinn haben, der heroisch

wir den Willen zur proletarischen Diktatur haben. Wenn eine proletarische Diktatur als „Rückkehr zum Faustrecht, Zerfaserung des Rechtsgewebes und Gesetzlosigkeit“ bezeichnet wird, dann ist allerdings die sachliche Diskussion erschwert.

Es ist schon ungewöhnlich, die faschistische und die bolschewistische Diktatur mechanisch einander gleichzusetzen. Denn für Sozialisten sollte es immerhin von Bedeutung sein, ob die Staatsgewalt von Beauftragten der kapitalistischen Wirtschaft oder der Arbeiterklasse ausgeht. Es ist aber auch gegenüber den Verfechtern revolutionärer Machtbehauptung eine reine Unterstellung, zu behaupten, daß für sie der Diktaturgedanke gar „nichts Festumrissenes ist, sondern nur ein Tummelplatz, sich wenigstens in Gedanken auszutoben.“ Ja, Oda Olberg belehrt uns sogar, daß wir das meinen, „womit der Faschismus gesiegt hat“.

Nein, die Diktatur im Faschismus ist prinzipiell Minderheitsherrschaft, also dauernd, und für die Bourgeoisie als Minderheit ist die Gewalt ein notwendiger Bestandteil. Wenn in Rußland der Bolsche-

Eintopfgericht — mehr nicht!



„Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Darum wollen wir den Kaviar und das Himbeereis aus einem Topf fressen! Heil Goebbels!“

wismus dazu neigt, die Diktatur als Dauerzustand zu etablieren, so sollen wir dagegen ankämpfen, aber wir sollten nicht jedem Gedanken an eine sozialistische Diktatur das bolschewistische Schreckgespenst entgegensetzen.

Wenn ich den Begriff Erziehungsdiktatur gebraucht habe, so liegt darin bereits eine Befristung, wobei ich allerdings vermieden habe, irgend welche bestimmte Dauer zu prophezeien, denn in einem Stadium des akuten Ringens zwischen Sozialismus und Kapitalismus lassen sich auch die verschiedenen Kampfmethoden nicht mehr kalendermäßig begrenzen.

Es ist auch nicht wahr, daß Erziehungsdiktatur die „Disziplinierung“ der Arbeitermassen bedeutet. Das bedeutet die faschistische Diktatur. Eine sozialistische Diktatur ist doch schließlich das Gegenteil von Unterdrückung der Arbeiter, sie dient vielmehr der Behauptung von gewonnener Macht der Arbeiterklasse. Erzieherisch wird sie auf die Bourgeoisie, nicht auf die Arbeiterklasse zu wirken haben. Es klingt sehr schön, wenn Oda Olberg sagt: „Sinn und Inhalt der Erziehung ist Selbstbestimmung“. Wenn wir im Stadium eines aufs höchste zugespitzten Ringens der Klassen Schule und Presse der demokratisch-parlamentarischen Selbstbestimmung zu überlassen bereit sind, so machen wir aus lauter Scheu vor Diktatur die Demokratie zur Waffe für die Gegner. Und wenn man zugibt, daß die „geistige Anfälligkeit der von uns nicht erfaßten Masse“, d. h. der Mittelschichten, von entscheidender politischer Bedeutung ist, dann scheint mir die Erziehungsdiktatur geradezu eine Voraussetzung für den sichtbar sozialistischen Anschauungsunterricht zu sein, den wir bisher versäumt haben.

Die früher politisch indifferenten Mittelschichten haben in Deutschland infolge einer verfrüht eingeführten parlamentarischen Demokratie die Sozialdemokratie überhaupt nur als Bundesgenossen des Bürgertums kennengelernt und sie für die Sünden des Kapitalismus verantwortlich gemacht. Die politische Erziehung dieser Schichten muß das Ziel haben, die materielle Unzufriedenheit, die diese rebellierenden Massen erfüllt, in sozialistischen Willen umzusetzen.

Oda Olberg fragt: „Sollen die Arbeiter und die Deklassierten gar keinen Hoffnungsstrahl haben, nichts, was sie über den Alltag hinaushebt?“

Jawohl, sie müssen Hoffnung haben und der Tageserfolg parlamentarisch-demokratischer Politik reicht nicht mehr aus, weil der Kapitalismus sich in einer Krise des Systems befindet und seine eigenen Heilmittel versagen. Das Ringen um den Sozialismus aus dem Stadium theoretischer Erörterung in das des Ringens um konstruktive Verwirklichung gerückt.

Jetzt ist die große, betreibende Tat endlich vollbracht, denn einzig der Kartoffelsalat gibt dem totalen, dem neudeutschen Staat Anseh'n und Macht.

Alle vier Wochen übt jeder Verzicht, das walte Gott!
Selbst Thyssens essen des Mittags ganz schlicht
ein gleichgeschaltetes Eintopfgericht ohne Kompott.

Auch Göring hungert, der arme Tropf und spart sein Geld —
Vierzig Zimmer und nur ein Topf.
Ganz Deutschland steht vor Bogeisterung Kopf:
seht, welch ein Held!

Am Abend ist alles wieder wie's war, wer hat, der hat,
wer nichts hat, gilt als rote Gefahr,
doch das Erlebnis war wunderbar.
Herr Goebbels findet:
Hunger macht satt. Munin.

Die Erziehungsaufgabe an den von uns nicht erfaßten Massen besteht darin, sie aus Anhängern eines Pseudosozialismus zu Kämpfern für den echten Sozialismus zu machen.

Die parlamentarische Demokratie aber hat sich als Mittel zum Hineinwachsen in den Sozialismus nicht bewährt. Wir brauchen die sichtbare Tat sozialistischer Gestaltungskraft, nur so wird das große und wachsende Neoproletariat im Sozialismus die Fahne sehen, um die es sich schart. Das sozialistische Modell aber können wir nur konstruieren, wenn wir, nachdem der Faschismus den Kampf unter der Maske der Demokratie auf die Straße getragen hat, das Ringen um ökonomische

Macht aufzunehmen bereit sind. Die von Oda Olberg dazu gestellte Frage: „Warum soll überhaupt die Diktatur revolutionärer sein als die Demokratie?“ ist durch die deutsche Geschichte der Nachkriegszeit längst beantwortet. Wenn ihr das Wort Erziehungsdiktatur nicht gefällt, will ich es erläutern als „Bereitschaft, revolutionär zu handeln, ohne das Ziel sozialer Demokratie zu vergessen; Zwangserziehung der gegenrevolutionären Kräfte, um die soziale Demokratie zu sichern.“ Die proletarische Diktatur ist eben mehr als ein Drahtverhau gegen Angriffe, sie ist der Ausdruck des Willens zur Macht.

Warum also Erziehungsdiktatur? Weil wir gelernt haben!

Kritik der Antikritik

Von Otto Friedrich.

Was die Genossin Oda Olberg in ihrem Aufsatz „Kritik der Kritik“ ausgeführt hat, fordert bei aller Achtung vor dem Mut und der Vergangenheit der Schreiberin zu entschiedenem Protest heraus.

Genossin Olberg macht sich lustig über das, was sie als „Erlösungsglauben“ etikettiert und lediglich für einen Zustand schlechter Nerven hält. In Wahrheit besteht bei den politisch denkenden Genossen keinerlei Wunderglaube. Wenn Kritik an der Vergangenheit geübt wird, so geschieht das um der Zukunft willen. Dabei kommt man um die Feststellung nicht herum, die Brallsford als Nachwort dem englischen Gewerkschaftskongress nachsandte, daß die Demokratie ein Ziel ist, das es zu erringen gilt und nirgends nur ein Besitz war, den es zu verteidigen galt.

Wir fangen mit der Unzufriedenheit bei uns selber an. Genossin Olberg nennt das eine Art Selbstgeißelung. Aber, weil wir in der formalen politischen Demokratie der Vergangenheit weder ein vollkommenes Werkzeug früherer Tage noch gar ein kommandes Kampffeld der Zukunft zu sehen vermögen, sind wir auch nicht gewillt zu glauben, daß unsere Aufgabe dieselbe sei wie früher, „lediglich vermehrt um all die ungetane Arbeit wie sie uns die Niederlage enthüllt.“ Wir sehen neue Aufgaben vor uns. Denn wir sehen, daß es einer siebzehnjährigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und dem vierzehnjährigen Walten einer formalen Demokratie nicht gelungen ist, Sicherheiten gegen einen Faschismus zu schaffen, der tatsächlich nahezu die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen vermochte — und das noch auf dem Höhepunkt einer kapitalistischen Krise sondergleichen!

Demgegenüber lediglich sich darauf herausreden zu wollen, daß es an Menschen gefehlt habe, ist eine Erklärung, die wir nicht mitmachen. Darum werden wir uns auch nicht damit begnügen, alle Schuld der sogenannten „Führung“ zuzuschreiben und die Massen von Verant-

wortung freizusprechen. Keiner von uns greift auch die persönliche Integrität der bisherigen deutschen Parteiführung an. Keiner hat Lust, mit ihr lediglich um die Vergangenheit Diskussionen zu führen, nicht einmal um die traurigen Zusammenbruchswochen nach dem 5. März. Aber was wir hören möchten, sind offene Worte jener Selbstkritik, wie auch wir sie üben. Denn nur, wer sein eigenes Handeln nicht in allgemeinen Redensarten, sondern mit stichhaltigen Argumenten kritisiert, zeigt, daß er sich von der Vergangenheit freigemacht hat, innerlich über sie erhebt und neuem Denken offen steht.

Wir, die wir versuchen, neue Wege zu finden, haben kein Heilrezept in der Tasche. Aber wir glauben, bereits verschiedene Konturen dessen zu erblicken, was werden soll. Vor allen Dingen: eine geeinigte Arbeiterschaft! Und wenn es jenseits der alten Parteiapparate sein muß und jenseits von Dogmen, die früher als unerschütterlich galten! Der Reformismus, in manchen Ländern mit fest gegründeter demokratischer Vergangenheit vielleicht eine Möglichkeit, ist für Deutschland ein erledigtes Kapitel. Die Opfer der Gegenwart werden nicht gebracht, um bestenfalls zu einer Koalitionspolitik der formalen Demokratie zurückzukehren. Ebenso hat die kommunistische Revolutionsrederei versagt, die ihren „Hauptfeind“ nicht im Faschismus sondern in den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen erblickte.

Gemeinsame Aktionen und Zielsetzungen des deutschen Proletariates, eine gründliche Analyse der neuen deutschen Wirklichkeit und die Besinnung über die drei Fragen: Arbeitsbeschaffung, sozialistische Wirtschaftsordnung und sozialistischer Staatsaufbau, eine nicht zu trennen von der anderen, das sind die Aufgaben, die wir uns stellen. Sie erschließen uns keine „Methode“ mit der wir siegen, aber sie bedeuten die Vorarbeit, ohne die wir mit keiner Methode siegen werden.

Der Philosoph aus Braunau

Hitler erledigt Kant und Hegel.

Das deutsche Volk hat den Führer in vielen Eigenschaften kennengelernt. Daß er als Denker von eigentümlicher Schärfe und Klarheit zu den großen deutschen Staatsphilosophen gehört, wußten nur wenige. Seine beiden großen Nürnberger Reden brachten in dieser Hinsicht auch den Gebildeten eine gewaltige Überraschung. Mit diesen Reden ist auch gedanklich ein neues Blatt der deutschen Geistesgeschichte aufgeschlagen.

„Hessische Landeszeitung“.

„Der Nationalsozialismus ist eine Philosophie, die auf alle Gebiete anwendbar ist.“ So verkündete Hitler in Nürnberg. Also der Stein der Weisen, oder das Allheilmittel, aber nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. An deutschem Wesen soll die Welt wieder einmal genesen, und gleich auf Jahrzehnte, Jahrhunderte, nein, auf Jahrtausende.

Jeder philosophische Anfänger muß über dieses Alchimistengeschrei lachen. Das Ausland, soweit es ernst denkt, berichtet von dieser Kulturtagung in Nürnberg wie von einer Orgie des Wahnsinns. Es gibt eine große und erste philosophische Tradition in Deutschland. Wir schämen uns, daß sie schweigt und sich zum Mitschuldigen der geistigen Verwirrung macht.

Was Herr Hitler sagte, war die Wiederholung der alten Platte von den Mysterien des Blutes und der Rasse. Dieses Mysterium hat an sich mit biologischer Rassetheorie nichts mehr zu tun, es ist die romantische Ausflucht der Verzweifelden und der große Betrug des

herrschenden Systems, das sich nur noch mit Mystik und Bajonetten halten kann.

Die Hitlersche Rassetheorie ist in ihrem realen Teil ganz brutalster und gemeinster Antisemitismus. „Kanaille bleibt Kanaille. Der Antisemitismus ist die Gesinnung dieser Kanaille. Es ist eine schauerliche Epidemie, wie die Cholera.“ Diese Kanaille wagt von Kulturproduktivität zu faseln und doch würde in Deutschland nichts übrig bleiben als Bestialität, Frivolität und nationalistische und religiöse Heuchelei, wenn der Nationalsozialismus mit seiner eigenen Produktion die deutsche Gesellschaft erfüllen sollte.

Wenn Hitler, Göbbels und die ganze Kumpelbande das Geschwätz, das auch keineswegs originell ist, von dem zersetzenden und unproduktiven Geist des Judentums wiederholen, dann muß doch der gewaltige Anteil herausgestellt werden, den Juden an der Gestaltung unserer gesamten Kultur gehabt haben. Jene Burschen haben natürlich keine Ahnung von den tiefen ethischen Werten, die in der bagdadischen Literatur des Judentums sich offenbaren und deren Einfluß auf die ethische Weltliteratur bis in die jüngste Zeit nachweisbar ist. Man braucht weder Spinoza, noch Mendelssohn, noch Hasse oder Bergson zu kennen, man braucht erst recht keine Ahnung vom Geiste eines Karl Marx zu haben, um den Pöbel mit platten Judenspiessen zu belustigen. Aber man muß eben das robuste Gewissen derer um Göbbels besitzen, um Ausführungen vor der Weltöffentlichkeit zu machen wie die: „Es liegt vielleicht eine gewisse Tragik im Schicksal der Juden, aber es ist nicht unser Fehler, wenn diese Rasse einen so unheilvollen Einfluß unter den Völkern ausübt, und wenn

Ein Schulmädelschreibt:

Ein zehnjähriges Schulmädelschreibt diesen Brief. Wir bringen ihn mit allen orthographischen und stilistischen Unbeholfenheiten, um den starken Eindruck dieser erschütternden kindlichen Klage nicht zu verwischen. Der Vater sitzt seit Monaten im Konzentrationslager.

... 26. 8. 1933.

Liebes Lottchen!

Habe Deinen lieben Brief mit großer Freude erhalten, es war eine Überraschung. Vor allem was wir in Deinem Briefe gelesen haben das Du verlobt bist freue ich mich sehr nun wün-

... Keine politische Partei kann Erfolg haben, wenn sie in einer revolutionären Epoche aus der Legalität einen Fetisch macht. Marx' bekannter Ausspruch, daß die Defensive den Tod der Revolution bedeute, ist auch heute noch wahr. Sobald es offenbar wurde, daß Hitler entschlossen war, sich mit Gewalt des Staates zu bemächtigen, blieb den Sozialisten nur die Möglichkeit, seinen Angriff mit gleichen Waffen zu begegnen. Wenn Ideen sich bewaffnen, so müssen die entgegengesetzten Ideen das gleiche tun, sonst werden sie einfach ausgerottet ...

— Das ist ein Satz aus dem ersten Heft der

Monatsschrift „Sozialistische Revolution“

die erstmalig im Oktober erscheinen wird. Sie teilen die oben wiedergegebene Auffassung nicht? (Harold J. Laski-London ist der Verfasser!) Gut, Sie sind anderer Meinung ... aber lesen, lesen müssen Sie die „Sozialistische Revolution“ doch!

sche ich Dir alles gute und graduiere Dir hoffentlich hast Du liebe Deine Verlobung glücklich verliebt. Jetzt sind meine großen Ferien vorbei es waren für mich keine schönen Erinnerungen denn sie waren nicht so wie ich sie mir ausgemalt hatte denn es war etwas schreckliches dazwischen gekommen

dieses wird Dir alles Mittel schreiben. Nun gehe ich schon wieder 1 1/2 Woche zur Schule es ist nicht mehr so schön wie erst es dreht sich alles nur um die Nationale Regierung, früh morgens wenn wir in die Schule kommen heißt es nicht mehr guten Morgen sondern „Heil Hitler“. In dem Singen wird nur noch das Deutschland- und Horst Wessellied gesungen einige Zeit habe ich es nicht mit gesungen

denn wenn man sich überlegt: sie sperren den Vater ins Schutzhäftlager ein kann man dieses Lied nicht mit singen,

eines Tages hat mich der Lehrer gefragt warum ich dieses Lied nicht mit singen würd habe ich ihm zur Antwort gegeben daß ich dieses noch nicht kennen würd da hat er mich groß angesehen und hat mir zur Antwort gegeben: „Ich sollte mich in acht nehmen damit ich nicht von der Schule fliegen würd, gern hätte ich ihm eine richtige Antwort gegeben aber leider denn wenn einer was sagt wird er eingesperrt

wehe demjenigen der noch den Mund aufmacht den gebts fürchtbar schlecht,

die jetzt eingesperrt sind haben nichts zu lachen diese werden gefoltert und geknechtet halb tot schlagen sie die Arbeiter berauben und noch solche Sachen. Ueberlege Dir einmal das schöne Haus haben sie einfach den Arbeitern enteignet, da trampeln sie mit schweren Zweckenschuhen herum und die Arbeiter haben es sich mühsam zusammengespart, nun kann ich auch nicht mehr Schwimmen gehen da Gieser Verein auch verboten ist, alles alles ist verboten und demeliert

alles schöne haben diese Verbrecher uns Arbeitern geraubt.

Eine Verordnung nach der anderen wird herausgegeben wer diesen nicht folgt wehe den. Es ist nicht mehr schön weiter in der Schule nochso, am liebsten möchte ich arbeiten und Geld verdienen schön Kleider kaufen und Geld sparen damit ich Dich liebes Lottchen einmal besuchen kann dieses war schon lange mein Wunsch einmal in Erfüllung, oder das Du nächster großen Schwester zusammensetzt denn ich bin nun auch groß da würden wir uns gut verstehen werden hoffentlich geht mein Wunsch einmal in Erfüllung, oder das Du nächstes Jahr im Sommer nach Hause denn das ist ja der Mutter ihr größter Wunsch das sie da uns alle beisammen sieht, dieses ist ja auch kein großer Wunsch von einer Mutter sie hofft es immer. In der Schule habe ich mir schon fleißig Wäsche genäht dieses macht mir sehr viel Spaß jetzt habe ich mir ein Nachthemd genäht ein jeder sagt es sel wohl ein Brautthemd! Nun weiß ich Dir nicht mehr viel zu schreiben. So verbleibe Du die herzlichste Grübe und Küsse von Deiner Schwester

Gerda.

Kein Amen und kein Halleluja

Nach einer amtlichen Veröffentlichung der evangelischen Kirche in Sachsen sollen beim Gottesdienst die Worte „Amen“ und „Halleluja“ nicht mehr gebraucht werden. Diese hebräischen Ausdrücke werden durch die deutschen Worte: „Das walte Gott“ und „Gelobt sei der Herr“ ersetzt.

Heine, der Emigrant

Heine-Denkmalen waren im Kaiserreich verpönt, in der Republik erlaubt, im Dritten Reich mußten sie wieder entfernt werden. Aus wohlerwogenen Gründen — wie jeder zugeben wird, der sich die folgenden „marxistischen Schmähungen“ ins Gedächtnis zurückerlaubt:

Aus der Vorrede zu Atta Troll:

Die Verhaltensbefehle, die von der deutschen Grenze an auf jeder Station die Heimkehr des Dichters mit Sehnsucht erwarten, werden gehörig renoviert jedes Jahr, um die heilige Weihnachtszeit, wenn an den Christbäumen die gemütlichen Lämpchen funkeln, Wegen solcher Unsicherheit der Wege wird mir das Reisen in den deutschen Gauen schier verleidet, ich feiere deshalb mein Weihnachtsfest in der Fremde, und werde auch in der Fremde, im Exil, meine Tage beschließen. Die wackeren Kämpfer für Licht und Wahrheit, die mich der Wankelmütigkeit und des Knechtsinns beschuldigten, gehen untermessen im Vaterlande sehr sicher umher, als wohlbestallte Staatsdiener, oder als Würdenträger einer Gilde, oder als Stammgäste eines Klubs, wo sie sich des abends patriotisch erquickten am Rebensaft des Vater Rhein und an meerumschlungenen schleswig-holsteinischen Austern...

Damals blühte die sogenannte politische Dichtkunst. Die Musen bekamen die strenge Weisung, sich hierfür nicht mehr müßig und leichtfertigkeit umherzutreiben, sondern in vaterländische Dienste zu treten

Hitler verkündet: „Der Nationalsozialismus ist eine Philosophie“ Und schon bezieht sich die Presse von Neu-Byzanz hinzuzufügen: „Seht, welch ein großer Philosoph!“ Andere Bewunderer haben uns indes erzählt, daß auf seinem Bücherbrett in Obersalzberg nur die Werke von Karl May stehen und daß neben ihnen die Nilpferdpeitsche liegt, ohne die der Führer niemals spazieren geht.

Hitler zeigt der Welt, wie man mit der Nilpferdpeitsche philosophiert!

Gamma.

Sadistenschauspiele: Pranger und öffentliches Auspeitschen

Der preußische Medizinbeamtenverein hielt in Bad Pyrmont seine erste Mitglieder-versammlung seit der Gleichschaltung ab. Der Führer der nationalsozialistischen Medizinbeamten, Medizinalrat Dr. Schuett, erklärte auf der Tagung im Namen der Ärzte, die vom Reich, den Ländern und den Gemeinden als verantwortliche Sachberater angestellt sind: Was wir als Beamte und vor allem als Ärzte begauern, ist, daß der neue Staat gegenüber Uebertretern der gesetzlichen Bestimmungen noch immer viel zu milde ist. Unsere Mindestforderung ist die sofortige Einführung der Prügelstrafe, die unter Umständen in aller Öffentlichkeit durchgeführt werden muß. Zweitens verlangen wir, daß der gute alte deutsche Brauch, den Rechtsverletzer an den Pranger zu stellen, wieder eingeführt wird.

Das Pfarrhaus als Zuchtanstalt

Die „Literarische Welt“ vom 18. September 1933 berichtet in ihrer Rundfunkrubrik: „Nach dem beiden Reden über den neuen Staat, die Gottfried Benn in der Funkstadt Berlin gehalten hatte, folgte jetzt ein Vortrag von scheinbar speziellerer Thematik „Das Pfarrhaus als Erbmillieu, ein Kapitel deutscher Familienforschung“. Die Tatsache, daß ein ganz großer Teil der deutschen Intelligenz aus dem evangelischen Pfarrhaus hervorgegangen ist, wurde als Beispiel für die Mög-

lichkeit von Intelligenz- und Geniezüchtung betrachtet und diese Züchtung als eine Forderung des neuen Staates bewertet.“

Die Herren Geistlichen werden gebeten, das Predigen zu unterlassen; und sich der Geniezüchtung zuzuwenden. Nicht reden — handeln!

Die Rasse macht es

Entscheidung des Breslauer Landgerichts.

Der Firma Landgraf, G. m. b. H., ist vom Breslauer Landgericht anbefohlen worden, den Vermerk „christliches Spezialschuhhaus“ von sämtlichen Reklameanschlägen zu entfernen und in Zukunft diese Bezeichnung nicht mehr zu führen. In der Begründung heißt es wörtlich:

„Der Gesellschafter Alfred Sachs ist zwar evangelischer Bekenntnisses, aber jüdischer Rasse, was daraus hervorgeht, daß sein Vater noch mosaischen Bekenntnisses war. Auf die Rassenzugehörigkeit, nicht aber auf das Bekenntnis kommt es entscheidend an. Durch die Bezeichnung „christliches Spezialschuhhaus“ wird der Eindruck erweckt, als handle es sich nicht nur um ein christliches, sondern auch um ein arisches Unternehmen. . . . Eine derartige Irreführung ist sittenwidrig.“

Also: ein richtiger Christ muß „nicht nur“ Christ, „sondern auch“ Arier sein, sonst führt er seinen Namen zu unrecht. Und die Missionare der christlichen Kirche! Sie begeben, indem sie Nichtarier zum Christentum bekehren, eine „sittenwidrige Irreführung“ nach der anderen.

Das braune Berlin

Die sterbende Stadt Von Franz Ulrich.

Es ist weniger ein Sterben und ganz gewiß keines in Schönheit noch Würde. Es ist ein Verenden, ein Verrecken hinter geschminkter Maske. Nur, wer die Stadt durch Jahrzehnte kennt, nur der Eingeborene kann das beurteilen. Harmlose Zeitungsreisende, die der Propagandaminister nasführt, damit sie verkünden, wie Hitlers Residenz gedeihe und lache, sind unzulängliche Zeugen, schon darum, weil sie zumeist nicht vergleichen können: was ist und wie es einmal gewesen ist, noch ganz zuletzt, bevor der nationalistische Veitstanz die Stadt überfiel. Berlin wird provinziell, der Verkehr schrumpft, die Fremden sind ausgeblieben, die Hotels stehen leer. In den Vierteln der Wohlhabenden gibt es kein Haus, das nicht Wohnungen anbietet, die Geschäftsstraßen sind von verwalsten Läden gesäumt. Ganze Häuser zähnen verzweifelt aus verlassen Fenstern. Berlin ist wie eine Stadt im Kriegsgebiet, von feindlichen Patrouillen durchzogen. Ueberall und ständig schreckt die gelbe Hose.

Die gelbe Hose

Eigentlich ist es keine Hose; es ist nur ein Gesäß, eine ekle, unanständige Aufdringlichkeit. Solche penetrante Schaustellung der

Schenkel und Hinterbacken ist kein Zufall; Kleidung ist hier Enthüllung. Die gelbe Hose, dieser widerwärtige gelbe Hosenboden: das ist Hitler, ist die Brutalität seines Systems, die Uniform seiner Totalität.

Die gelben Hosen, rudelweise durch die Straßen böckend, gleich den Hunden die Ecken blockierend, verlärfen und verpesten Berlin. Das ist nicht mehr die Stadt der Sachlichkeit und des besonnenen Gleichmaßes; das ist eine Kaserne kriegsbemalter Wilder. Man weicht ihnen aus, man sieht an ihnen vorbei; aber wie grinsende Lemuren und höllische Affen drängen sie sich auf, feist und frech ausgestopfte Schandzeichen der Gewalt, des Gebrülls, des Anrempelns, des feigen Meuchelmordes.

Die Menschenjäger

Es gibt Tage, da hetzen die Menschenjäger durch Berlin. Auf donnernden Lastwagen und polternden Motorrädern. Totenköpfe mit Blutaugen lechzen von schwarzen Sturmhelmen nach Fraß: schwarze Stahlhelme und umfaustete Karabiner drohen. Irgendwo soll überfallen, eingebrochen, durchschnüffelt, beschlagnahmt und verhaftet werden. Nicht nur irgendwo, gleich im Großen, massenhaft. Schon machen die Söldlinge des Zeitungspapiers die qualifizierten Uberschriften fertig: Gigantische Raz-

etwa als Marketenderinnen der Freiheit oder als Wäscherinnen der christlich-germanischen Nationalität. Es erlaub sich im deutschen Bardenhain ganz besonders jenes vage, unfruchtbare Pathos, jener nutzlose Enthusiasmusdunst, der sich mit Todesverachtung in einen Ozean von Allgemeinheiten stürzte. . . . Das Talent war damals eine sehr mißliche Begabung, denn es brachte in Verdacht der Charakterlosigkeit.

Aus Atta Troll:

Dort in meiner teuren Heimat ist das Lumpentum im Fortschritt, und es machen gar zu viele

Anspruch auf den schmutzigen Lorbeer.

Aus dem Vorwort zu „Deutschland. Ein Wintermärchen.“

Beruhigt euch, ich liebe das Vaterland ebenso sehr, wie ihr. Wegen dieser Liebe habe ich dreizehn Lebensjahre im Exil verlebt, und wegen eben dieser Liebe gehe ich wieder zurück ins Exil, vielleicht für immer, jedenfalls ohne zu flennen oder eine schleifmüllige Duldergrimmasse zu schneiden.

Aus: Deutschland (Ein Traum).

Schau ich jetzt von meinem Berge in das deutsche Land hinab, seh' ich nur ein Völklein Zwerge, kriechend auf der Riesen Grab.

Muttersöhnchen gehn in Seide, nennen sich des Volkes Kern, Schurken tragen Ehrengeschmeide.

Söldner brüsten sich als Herr.

Aus der Vorrede zum „Bürgerkönigtum“ (geschrieben zu Paris 1832):

Ich würde lieber bei dem ärmsten Fran-

zosen um eine Kruste Brot betteln, als daß ich Dienst nehmen möchte bei jenen vornehmen Gaunern im deutschen Vaterlande, die jede Maßigung der Kraft für Feigheit halten oder gar für präudierenden Uebergang zum Servilismus, und die unsre beste Tugend, den Glauben an die ehrliche Gesinnung des Gegners, für plebejische Erdummheit ansehen. Ich werde mich nie schämen, betrogen worden zu sein von jenen, die uns so schöne Hoffnungen ins Herz lächelten: „wie alles aus friedlichste Zuständen werden sollte, wie wir hübsch gemäßigt bleiben müßten, damit die Zugeständnisse nicht erzwungen und dadurch ungedehlich würden, wie sie wohl selbst einsähen, daß man die Freiheit uns nicht ohne Gefahr länger vorenthalten könne. . . .“ Ja, wir sind wieder Döps geworden, und wir müssen eingestehen, daß die Lüge wieder einen großen Triumph erfochten und neue Lorbeeren eingeerntet hat. . . .

Armes, unglückliches Vaterland! Welche Schande steht dir bevor, wenn du sie erträgst, diese Schmach! Welche Schmerzen, wenn du sie nicht erträgst! Nie ist ein Volk von seinen Machthabern grausamer verhöhnt worden!

Kritik mit Notbremse

„In literarischen Bereichen herrscht Unsicherheit“

Die Kunst-Kritiker im III. Reich haben kein eigenes Urteil, sie haben Angst. In schweißtriefenden Nächten träumen sie davon, ein Mal-, Ton- oder Dichtwerk verrissen zu haben, das Herrn Hitler oder Göring oder Göbbels oder sonst einem der zweihundertneundneunzig-

zia! Staatspolizei führt vernichtenden Schlag gegen die letzten Marxisten! Unübersehbare Beute sichergestellt!

Das sind die großen Paraden der Menschenjäger, die wohl tagaus, tagein ihr schließiges Handwerk betreiben, aber von Zeit zu Zeit, und nicht etwa selten, nach besonderen Sensationen dürsten, nach Treibjagden, nach Wagenladungen gefesselter und zerschundener Opfer. Man sieht Führen gebündelter Menschen zum Triumphplatz rasen, zum Totenhaus in der Prinz-Albrechtsstraße, zur ersten Station eines hoffnungslosen Marterweges.

Gegenüber, auf der anderen Seite der „Straße des organisierten Menschenraubes“ hinter dem Steinhäus der ehemaligen Abgeordneten und einer frisch gemauerten, wehrhaften Ziegelpallade versteckt, thront in seinem grotesken Luxus, angstgeschüttelt im neuen Kreml, der Jagdherr, Göring, romantischer Liebhaber brennender Kerzen.

Alle Tage Sonntag

Gibt es keine Menschenjagden, gibt es zum mindesten Propagandamärsche. Berlin darf nicht zur Ruhe kommen. Gruppenweise trommeln und pauken sie durch den keimenden Morgen und den fallenden Abend. Sie sperren

Wec den „Neuen Vorwärts“

kauft, abonniert, verbreitet hilft oder in sonstiger Weise

fördert

der hilft mit im Kampfe für ein neues Deutschland der Freiheit und der Menschlichkeit,

der dient

den Unterdrückten und Ausgebeuteten im Geiste

der sozialistischen Revolution!

die Straßen ab, durchbrechen den Verkehr, belästigen die Bevölkerung. Wer das marschierende Hakenkreuz nicht deutschrömisch grüßt, riskiert Faustschläge und Verhaftung. Berlin soll den Tritt der Kohorten hören und zittern. Berlin soll jubeln, soll braun sein.

Berlin aber, das unverwüsthche, das verwegene, wie Goethe es genannt hat, das wahre, das wartende, das geduldige, das entschlossene, das ewige Berlin weiß, daß Braun die Farbe der Verwesung ist!

Vom Arbeitersport

Man schreibt uns:

Ab 1. Oktober dürfen die bürgerlichen Sportverbände einen kleinen Teil der früheren

Arbeitersportler annehmen. Jeder, der aufgenommen werden will, muß zwei Nazizeugen mitbringen, die bezeugen müssen, daß der Sportler jetzt stubenrein ist.

Das Wettrennen der bürgerlichen Verbände nach den leistungsfähigen Arbeitersportlern hat bereits eingesetzt. Die Genossen werden sogar auf der Straße belästigt. „Kommt zu uns!“ ertönt es überall. Besonders die sogenannten „Kanonen“ werden heftig umworben.

Anständige Gesinnung ist noch nicht ganz ausgestorben. In einer sächsischen Stadt hatte der Arbeiterturnverein eine eigene Turnhalle. Diese Turnhalle wurde, wie alle anderen, gestohlen. Jetzt steht sie leer. Die Nazi wollten diese Turnhalle den Bürgerlichen geben. Bei einer Abstimmung in dem bürgerlichen Verein wurde die Uebernahme mit Mehrheit abgelehnt, weil, wie die Mitglieder sagen, die Halle nicht ihr rechtmäßiges Eigentum sei. Jetzt zwingt man die Mitglieder, in dieser Halle zu turnen.

Der Lump Wiehols, der sich Treuhänder des Arbeiterturn- und Sportbundes nennt, hat bis jetzt von den aufgelösten Vereinen 30.000 Mark erpreßt. Den früheren Funktionären hat er mit der Klage gedroht, wenn sie nicht zahlen. Viele Genossen haben ihre Erwerbslosenunterstützung dem Erpresser zusenden müssen, um nicht in Haft zu kommen. Wie uns mitgeteilt wird, erhält dieser Herr 15 Prozent von der erpreßten Summe als Provision. Er hat sich bereits ein neues Auto zugelegt.

Für die deutschen Arbeitersportler darf es deshalb keine Gleichschaltung mit dieser Gesellschaft und keinen Gesinnungsverkauf geben. Kampf gegen diese Verbrecher, damit Deutschland wieder ein Kulturland wird!

K. B.

Wie werde ich 100 Jahre alt?

Der deutsche Arzt Dr. Graeff hat 124 hundertjährige Männer und Frauen interviewt. Die „Süddeutsche Sonntagpost“ vom 17. September veröffentlicht die Quintessenz seiner Feststellungen.

„Vielleicht ist das letzte Geheimnis der Hundertjährigen dies: sie alle waren im Grunde doch von einer anspruchlosen Einfachheit. Sie waren frei von Komplexen und anderen seelischen Störungen (sie wußten freilich auch noch nichts von Psychoanalyse), sie hatten keine Doktrinen und plagten sich nicht mit vagen Weltverbesserungsideen herum, kurz, es waren lebensbejahende und genußfindige Menschen, die ohne Geheimmittel rüstig ihre hundert und mehr Jahre alt geworden sind. Damit soll freilich nicht gesagt sein, daß sie keine Sorgen hatten. Aber es scheint fast, als ob die Sorgen den Menschen stählen. Denn alle 124 bekunden auf den Fragebogen übereinstimmend, daß sie im Leben viele Sorgen hatten.“

Merke: Sorgen fördern die Gesundheit. Weltverbesserungsideen führen zu einem frühen Tod — entweder automatisch oder unter Mitwirkung der SA.

schon hereingebrochen und hat das ganze braune Land überschwemmt.

Adolf von Grohmann, der sich ebenfalls — in Will Vespers „Neuer Literatur“ — als Mahner aufspielt, liefert gleich selbst einen Beweis für die Liebedienerei des gleichgeschalteten Schreibertums. Er versucht die Kennzeichen „wahrer Volksbücher“ aufzuzählen und warnt vor dem unechten „Stammeln und Kreischen“ der nur Gesinnungstüchtigen. Am Schluß lobt er einige Verfasser guter Volksbücher und nennt an erster Stelle — Karl May, Hitlers Holidichter! In einem Atem mit Gottfried Keller, Peter Hebel, Wilhelm Raabe. Wenn Hitler morgen Courtyas-Maler bevorzugt — und gar so ausgeschlossen ist das gar nicht — wird übermorgen die gesamte Lakaienpresse von Hof bis Hamburg vor dieser Dame auf dem Banche liegen.

Gott grüß die Kunst!

Das „Deutsche Theater“ und die „Kammerspiele“ in Berlin werden aller Voraussicht nach in diesem Jahr geschlossen bleiben, weil niemand die Leitung, das heißt die sichere Platte zu übernehmen wagt. Das „Deutsche Theater“ in Hannover ist infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten am 15. September eingegangen. Die bekannten Berliner Konzertagenten Werner und Martin Tschacher, der soeben die Konzession als Reichsagent erhielt, haben sich aus wirtschaftlicher Not das Leben genommen. Von 43 zugelassenen Künstleragenten haben bis jetzt knapp 30 den Entschluß gefaßt, die Konzession anzunehmen.

Der Schreiber befürchtet, daß „eine Hochflut nationalen Kitsches in der Dichtung über uns hereinbrechen könnte.“ Könnte? Sie ist

Keine Rechte - aber mehr Lasten

„Ob wir schon im Augenblick zu einem materiell glücklichen Zustand kommen, ist nicht zu erheben...“

Reichsminister Dr. Göbbels
(Rede im Sportpalast vom 14. Sept.)

Angeblich sind 2 Millionen Arbeitslose wieder in Beschäftigung, angeblich ist der Arbeitsmarkt nicht nur saisonmäßig entlastet, angeblich gibt es in Deutschland auch einen starken konjunkturellen Aufschwung, angeblich ist durch den Abschluß der nationalen Revolution das Vertrauen wieder hergestellt und die Unternehmungslust gestiegen.

In Wirklichkeit aber graut es den Machthabern vor dem bevorstehenden Winter mit seinem neuen Steigen der Arbeitslosenziffern und der unvorstellbaren Not der aller Reservierten, durch die Kürzung oder Streichung der Wohlfahrtsunterstützungen verelendeten Massen. In der Republik hatten die Arbeitslosen ein Recht auf Unterstützung und so gering diese Unterstützung war, so sehr sie seit der Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses gekürzt worden war, so war es doch gelungen, die Arbeitslosen vor dem Schlimmsten zu behüten. Und als der Winter kam, konnte eine Winterbeihilfe für Nahrung und Kleidung aus öffentlichen Mitteln gesichert werden.

Die Hitler-Herrschaft hat nicht nur sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitslosen im großen Umfang die Unterstützung geraubt, sie hat nicht nur tausende von Arbeitslosen zu unterbezahlter Zwangsarbeit verurteilt, sie hat vor allem die bankrotten Kommunen zu immer weiteren

Kürzungen der Unterstützungssätze gezwungen. Wir wissen nicht, ob die im Auslande verbreitete Schätzung von 800 Millionen, die an den Gesamtausgaben für die Arbeitslosen erspart worden seien, zutrifft. Daß es sich aber um einen Raub von hunderten Millionen an den Ärmsten der Armen handelt, das unterliegt keinem Zweifel.

Das Schlimmste aber ist, daß das Hitler-Regime gar nicht imstande ist für die erhöhten Anforderungen der Winternot eine ordnungsgemäße finanzielle Vorsorge zu treffen. Anstatt öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen, auf die die Arbeitslosen rechtlichen Anspruch hätten, wird eine allgemeine Bettelei organisiert, deren zufälliger und unbestimmter Ertrag den Arbeitslosen als Almosen der Nationalsozialisten geschenkt wird. An jedem ersten Sonntag soll, wie Göbbels auf der Tagung „Kampf gegen Hunger und Kälte“ verkündete, in allen Häusern, in Gastwirtschaften und Hotels mittags nur ein Eintopfergericht zum Preis von 50 Pfennig pro Person

verzehrt werden. Die dabei ersparten Gelder würden abgesammelt werden. Die Inhaber von Bank- und Postscheckkonten würden aufgefordert, monatlich einen bestimmten Betrag von ihrem Konto abzubuchen zu lassen (was wahrscheinlich zu einem raschen Verschwinden vieler dieser Konten in der nächsten Zeit führen wird). Dann wird eine 50-Pfennig-Brieflotterie eingeführt, und es werden Lebensmittelsammlungen auf dem Lande veranstaltet. Die Vergnügungsstätten sollen den Reinertrag eines Abends abliefern und den Armen möglichst viel Freikarten zur Verfügung stellen, offenbar um den Hunger leichter vergessen zu machen.

Den Machthabern selber mag es wohl scheinen, daß diese ganze Bettelei trotz des Terrors, den die nationalsozialistischen Werber auf die nichtnationalsozialistische Bevölkerung ausüben werden, nicht gar zu erfolgreich sein wird. Darum verkündet Göbbels so ganz nebenbei eine Maßnahme, die in der Tat einen gewissen Erfolg versprechen kann: Mit den Angestellten- und Beamtenverbänden werden Verhandlungen zwecks

gestaffelter Abzüge zugunsten des Winterhilfswerks aufgenommen. Mit anderen Worten: es wiederholt sich der Schwindel mit der „Hitler-Spende zur Förderung der nationalen Arbeit“. Damals wurden die Arbeiter gezwungen 1 bis 5 Prozent ihres Arbeitslohnes „freiwillig“ abzuliefern. Der

Arbeitgeber behielt diese Spende zugleich mit der Lohnsteuer ein und lieferte sie an das Finanzamt ab. Kein Lohnempfänger konnte sich dieser „Freiwilligkeit“ entziehen, bei Gefahr der Entlassung, und während der Reichswirtschaftsminister und andere Reichsinstanzen immer wieder Verordnungen erließen, die vor Anwendung jedes Zwanges gegenüber den Unternehmern warnten, mußten die Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Erhöhung der Lohnsteuer über sich ergehen lassen. Auch jetzt werden es wieder die Proletarier sein, die durch eine als freiwillige Spende getarnte Steuererhöhung gezwungen werden, die Hauptlast für die Winterhilfe zu übernehmen, während sich die Besitzenden mit einigen Bettelpfennigen loskaufen werden. Göbbels aber deklamiert:

„Was am 1. Mai zum ersten Male demonstrativ in Erscheinung trat, das werde hier in der Tat lebendig werden: Die Schranken, die Bürger und Proletarier von einander trennen, sind niedergedrissen.“

Hitler selbst aber preist die nationale Solidarität, wie dieser Gelbe sie versteht: „Wenn wir den Gedanken der nationalen Solidarität richtig auffassen, dann kann es nur ein Gedanke des Opfern sein.“

In der Tat es sind unerhörte Opfer, die von der Masse des deutschen Volkes verlangt werden! Aber verdammte einseitig sind diese Opfer, denn sie werden ausschließlich den Besitzlosen auferlegt, um die Kapitalherrschaft der Krupp und Thyssen, um die politische Herrschaft der Hitler und Göring zu stärken und zu befestigen.

Der ungeheure Tamtam, mit dem die Hitler und Göbbels diese Aktion eingeleitet haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ein

Eingeständnis der völligen finanziellen Hilflosigkeit

des Regimes darstellt. Selbst die dringendsten Pflichten des Staates können nicht mehr erfüllt werden. Und das obwohl das Regiment selbst vor der Weitererhebung der unsozialsten und verhaßtesten Steuerarten, die die Nationalsozialisten in der Opposition aufs wildeste bekämpft haben, nicht zurückschrecken. So hat das Reichskabinett beschlossen, die Bürgersteuer, die berüchtigte „Negersteuer“ für das Kalenderjahr 1934 zu verlängern. Zugleich ist die Steuer auf einen weiteren Personenkreis ausgedehnt, so daß in Zukunft nicht nur wie bisher die bisherigen Besitzer des Wahlrechts, sondern auch Minderjährige (!) mit eigenem Einkommen, die Angehörigen der Reichswehr und Personen, denen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind (!), steuerpflichtig sind. Diese unsoziale Kopfsteuer ist seinerzeit von der bürgerlichen Reaktion unter dem Vorwande durchgesetzt worden, daß auch die besitzlosen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindelasten direkt herangezogen werden müßten, um das „Verantwortungsgefühl“ zu steigern. Die Gewerbe- und Grundsteuern sollten nicht erhöht werden dürfen ohne gleichzeitige Erhöhung der Bürgersteuern. Dadurch hoffte man die Besitzenden vor Steuererhöhungen in den Gemeinden zu sichern und die kulturellen und sozialen Ausgaben niedrig halten zu können. Unter dem nationalsozialistischen Regime ist das Wahlrecht völlig bedeutungslos, der Einfluß der Arbeiter auf die Gemeindeverwaltung völlig ausgeschaltet worden. Aber die Steuer wird verlängert. Die Rechte werden beseitigt, die Pflichten werden verschärft.

Es ist schon so, wie Herr Göbbels sagt: den Nationalsozialisten ist ein materiell glücklicher Zustand der Massen nicht erhebblich.

Dr. Richard Kern.

Ehestandshilfe

Ein öffentlicher Versager und ein privates Geschäft

Die Hitlerregierung hat der Arbeitslosigkeit den Krieg angesagt. Eine ihrer ersten Kampfhandlungen war die Einrichtung der sogenannten Ehestandsbeihilfen. Davon hat sie der Welt die Abnahme der Arbeitslosigkeit um 600.000 bis 1.000.000 versprochen. Die Hitlerregierung pflegt sonst ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen, aber diesmal schweigt sie sich über die Wirkung dieses Wundermittels zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus.

Die Ehestandsbeihilfe ist kein Geschenk, sondern ein Darlehen, das in Jahresraten von 12 Prozent, also innerhalb von 8 Jahren, zurückgezahlt sein muß. Die Gewährung des Darlehens ist an die Bedingung geknüpft, daß die Ehefrau vor der Verheiratung mindestens sechs Monate im Arbeitsverhältnis gestanden hat. Es ist ja nicht anzunehmen, daß sich die weiblichen Heiratslustigen darum reißen, um eines Darlehens von 1000 Mark willen ihre Arbeitsstelle aufzugeben, ohne die geringste Spur einer Sicherheit, daß der Ehemann, wenn er schon zur Zeit der Verheiratung Arbeit hat, nicht über kurz oder lang arbeitslos wird. Der sonst so großsprecherische Göbbels würde, wenn das Gesetz eine nennenswerte Wirkung gehabt hätte, nicht unterlassen haben, sie vernünftig auszusparen. Die auffallende Schweigsamkeit über diesen Punkt allein läßt darauf schließen, daß die Ehestandsbeihilfe ein Versager ist. Ganz deutlich geht aber das Fiasko aus einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Verordnung hervor, durch die die Bedingungen, an die die Gewährung der Beihilfe geknüpft ist, fast völlig fallen gelassen werden.

Nach dem Gesetz mußte die Ehefrau in der Zeit vom 1. Juni 1931 bis 31. Mai 1933 sechs Monate in Arbeit gestanden haben. Jetzt können die sechs Monate Arbeitsverhältnis zwischen dem 1. Juli 1928 und 31. Mai 1933 liegen. Es braucht aber nicht einmal ein richtiges Arbeitsverhältnis zu sein, es genügt, wenn die Ehefrau bei ihren Verwandten in aufsteigender Linie gearbeitet hat. Im Gesetz wird diese Art der Beschäftigung nicht als Arbeitsverhältnis angesehen. Aber auch diese Bedingung muß nicht unbedingt erfüllt sein, denn der Reichsfinanzminister kann jetzt Ehestandsdarlehen ausnahmsweise auch dann zubilligen, wenn nicht alle Voraussetzungen des Gesetzes gegeben sind.

Neuerdings gehen auch Privatbetriebe dazu über, die Ehelust durch Geldzuwendung anzureizen. Der Reemtsma-Konzern, der einen großen Teil der Zigarettenindustrie beherrscht, hat sich völlig gleichgeschaltet, und von ihm wird behauptet, daß er zu einem der besten Geldgeber für die SA gehörte. Er hat vor einigen Wochen die Mitteilung durch die Presse gehen lassen, daß er in Ergänzung einer Maßnahme der Reichsregierung solchen weiblichen Arbeiterinnen einen Zuschuß gewährt, die sich bereit erklären, bis zum Jahresende zu heiraten und den Betrieb zu verlassen, um den Arbeitsplatz für eine männliche Arbeitskraft freizumachen.

Der Reemtsma-Konzern hat für diesen Zweck rund eine viertel Million Mark zur Verfügung gestellt und zahlt jedem Mädchen, das auf diese Weise in den Hafen der Ehe ein-

ren will, eine einmalige Unterstützung von 600 Mark. Es sind im ganzen 450 Meldungen eingegangen, was für diesen großen Konzern, der überwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, nicht gerade viel ist. Eine große Anzahl der Bewerberinnen stellt überdies gewisse Bedingungen, z. B. daß der spätere Ehemann die Stelle bekommt oder daß das Arbeitsverhältnis des Mädchens bis Ende des Jahres oder doch wenigstens bis Weihnachten fortgeführt wird. Ob die Direktion des Reemtsma-Konzerns auf

Emigranten, deutschen Flüchtlingen

bietet sich Beteiligung an gutem Unternehmen der Auto- und Maschinenbranche in der CSR.

Zuschriften erbeten unter: „Tüchtiger Fachmann“ an diese Zeitung

solche Bedingungen eingeht, ist nicht bekannt. Dagegen wird als sicher gemeldet, daß sie nicht alle der 450 auf diese Weise freierwerdenden Stellen mit Männern besetzen will, sondern nur die Hälfte. Die Wohlthätigkeit des Reemtsma-Konzerns stellt sich also als die raffinierte Bemäntelung eines Belegschaftsabbau dar. Der Jahreslohn von 250 Arbeiterinnen dürfte ungefähr eine Viertelmillion Mark ausmachen. Der einmaligen Ausgabe von 250.000 Mark steht gegenüber, daß der Belegschaftsabbau eine dauernde Lohnersparnis ermöglicht — von der Reklamewirkung gar nicht zu reden! Die „Wohltat“ erweist sich also als ein gutes Geschäft.

SA gegen Bettler

In einem Runderlaß verfügt Göring:

„Erfahrungsgemäß wird das Publikum häufig von bettelnden Personen getäuscht. In vielen Fällen sind Bettler nicht nur jeder Unterstützung unwürdig, sondern häufig haben sie ein nicht unbeträchtliches Einkommen. Das Publikum ist daher darauf hinzuweisen, daß die Unterstützung von einzelnen Straßenbettelern nicht angebracht ist, sondern daß es sich statt dessen empfiehlt, die Beträge und Gaben, die bisher Bettlern verabreicht wurden, den anerkannten Einrichtungen der öffentlichen oder privaten Wohlfahrtspflege zu überweisen.“

Deshalb sind nach Fühlungnahme mit der zuständigen Leitung der SA und SS. Maßnahmen zu einer wirkungsvollen Bekämpfung des Bettelwesens vorzubereiten, damit das Winterhilfswerk einen vollen Erfolg erzielen kann.“

Die SA und SS werden also in der nächsten Zeit damit beschäftigt sein, den Bettlern ihre Pfennige abzujagen — eine würdige Aufgabe, die diesen Leuten gestellt ist.

Ihr „Sozialismus“!

Die „Deutsche Bergwerkzeitung“, das berüchtigtste Unternehmerblatt Deutschlands, schreibt: „Es war das Wort Sozialismus, das weite Kreise des Bürgertums, namentlich auch der Unternehmerchaft und der Intellektuellen, veranlaßte, der Bewegung Adolf Hitlers gegenüber längere Zeit eine abwartende und zögernde Haltung einzunehmen... Heute hat sich längst herausgestellt, daß hier ein großes Mißverständnis obwaltete. Mehr als die nationalsozialistische Werbung haben die Taten der neuen Regierung die Einsicht geweckt, daß der Sozialismus des Dritten Reiches das gerade Gegenteil von dem ist, was der Marxismus als Sozialismus bezeichnet...“

Engelbert Graf ermordet?

Von einem deutschen Sozialisten, der aus dem Konzentrationslager Oranienburg flüchten und sich über die französische Grenze retten konnte, erfährt das Züricher „Volksrecht“, daß vor kurzem der im gleichen Konzentrationslager eingekerkert gewesene frühere Reichstagsabgeordnete Georg Engelbert Graf von Nazi ermordet worden ist. Die Mörder haben auch in diesem Falle versucht, ihre scheußliche Bluttat mit einer Lüge zu decken, indem sie vorgaben, Graf sei an Herzschwäche gestorben. Tatsächlich ist aber Genosse Graf von seinen Kerkermeistern auf grausame Art ums Leben gebracht worden.

Eine Bestätigung dieser Nachricht steht noch aus. Wir hoffen immer noch, daß sie sich nicht bewahrheitet.

Wenn Sie ein Haus oder ein Geschäft irgendwo in England kaufen oder verkaufen wollen „so schnell wie möglich“ schreiben Sie an
Thomas & Francis
Häuser- und Güteragenten, 42, Grove Road, South Woodford
London, E. 18. Großbritannien